Beilage zur Volksstimme.

Nr. 38. Magdeburg, Donnerstag den 15. Februar 1917. 28. Jahrgang.

Kriegsfürsorgefragen.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Dienstag zunächst Anträge über die Steuerfreiheit der Kriegsteurungszulagen der Staatsbeamten und Angestellten. Dazu kam ein sozialdemokratischer Antrag, der diese Steuerfreiheit auch auf private Teurungszulagen ausdehnen wollte und den Genosse Hue in einleuchtender Weise begründete. Der Finanzminister hatte aber unüberwindliche Bedenken gegen diesen Antrag wegen seiner, von ihm als möglich befürchteten Folgen, und schließlich verwies das Haus die ganze Sache an den Ausschuß zurück.

Mit der darauf folgenden zweiten und dritten Beratung des 200-Millionen-Kredits für Staatsbeihilfen an die Gemeinden wurde die Beratung einer Reihe von Anträgen verbunden, die die Kriegsteurungszulagen und Kinderbeihilfen erweitern wollen. In dieser Debatte, in der die schwere Belastung der Gemeinden durch die Kriegswohlfahrtspflege eine große Rolle spielte, wies Genosse Leinert die schweren Mängel nach, die im Unterstützungswesen noch immer bestehen, und forderte, daß endlich Abhilfe geschafft werde.

Schließlich wurde der Gesetzentwurf angenommen, die Anträge zum größten Teil abgelehnt.

Das Haus begann noch die zweite Lesung des Etats, wobei der Nationalliberale Dr. Beumer über die parlamentarische Berichterstattung des „Staatsanzeigers" klagte.

Wegen der Verhandlungen verweisen wir im übrigen auf den nachstehenden Bericht.

56. Sitzung.

Berlin, 13. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lentze.

Präsident Graf **Schwerin-Löwitz** teilt mit, daß an Stelle des für längere Zeit verhinderten Vizepräsidenten Dr. Porsch (Zentrum) der Abg. Freiherr v. Zedlitz zum Ersatzpräsidenten gewählt werden soll. Die Wahl wird an einem der nächsten Tage erfolgen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Antrags Dr. König (Zentrum) und Genossen betreffend

Steuerfreiheit der Kriegsteurungszulagen.

Abg. Dr. **König** (Zentrum): Heute herrscht große Unklarheit darüber, welche Kriegsteurungszulagen steuerpflichtig sind und welche nicht. Nach den Kommissionsbeschlüssen sollen in dieser Beziehung gleich behandelt werden alle Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Bundesstaaten und der Kommunalverbände sowie die Geistlichen, Lehrer, Angestellten und Arbeiter der Kirchenverbände und andrer Religionsgemeinschaften. Ein Antrag, die Steuerfreiheit auch auf die Zulagen der Angestellten und Arbeiter privater Betriebe auszudehnen, ist in der Kommission abgelehnt worden. In Kraft treten soll dies Gesetz mit dem Etatsjahr 1917.

Abg. **Giesberts** (Zentrum) spricht dafür, auch die gleichartigen Zuwendungen an Privatarbeiter und Angestellte steuerfrei zu lassen. Man könne nicht z. B. die Munitionsarbeiter in Staats- und Privatbetrieben verschieden behandeln. Das würde viel böses Blut erregen.

Abg. **Schmiljan** (Fortschr. Vp.) befürwortet einen Antrag, auch die Kinderbeihilfen steuerfrei zu lassen.

Abg. **Hue** (Soz.):

Wir beantragen, dem Kommissionsbeschluß hinzuzufügen: „Desgleichen sind die aus Anlaß des Krieges den Angestellten und Arbeitern privater Betriebe von deren Besitzern bewilligten laufenden einmaligen Teurungszulagen frei von Staats- und Gemeinde-Einkommensteuer." Dem Antrag auf Berücksichtigung der Kinderzulagen würden wir auch zustimmen. Ohne diese Zusatzanträge aber würde die Fassung des Kommissionsbeschlusses eine

schreiende Ungerechtigkeit

bedeuten. Es würde damit ein Privileg für die Beamten geschaffen, das in weitesten Kreisen zweifellos große Erbitterung und böses Blut hervorrufen müßte. Nach der Judikatur des Oberverwaltungsgerichts und auch nach der Ansicht der Finanzverwaltung sind Unterstützungen, auch wenn sie sich wiederholen, bei der Veranlagung der Einkommensteuer nicht heranzuziehen. Das gilt allgemein, auch für Privatbeamte und Arbeiter. Nach dem Beschluß der Kommission sollen alle Teurungszulagen für Beamte bis über 5000 Mark Gehalt steuerfrei bleiben. Privatangestellte mit nur halb soviel Gehalt, die Zulagen erhalten, sollen sie aber versteuern müssen. Das können Sie gar nicht wollen! In Oberschlesien zahlen z. B. die Staatsbergwerke höhere Löhne an ihre Arbeiter als die Privatbetriebe. Diese besser bezahlten Arbeiter wären nun bei Annahme des Kommissionsantrags noch mehr bevorzugt vor den schlechter bezahlten Privatarbeitern. Wir haben längst gefordert, daß man das steuerfreie Mindesteinkommen von 900 auf 1200 bis 1500 Mark erhöhen sollte. Bei den jetzigen Teurungsverhältnissen wäre die Erhöhung auf 1500 Mark eine dringende Notwendigkeit. Eine große Masse von Arbeitern gerade in den Riesenbetrieben hat heute noch nicht einen solchen Durchschnittslohn. Im oberschlesischen Bergbau z. B. wird den bestbezahlten Arbeitern noch nicht ein Durchschnittslohn von 1400 Mark bezahlt. Was ist das für eine

herausfordernde Härte,

solchen Arbeitern die Zulagen zu versteuern und Staatsarbeitern nicht! Bedenken Sie auch, daß durch die enorm gestiegenen Kommunalsteuern, die zum Teil bis 400 Prozent gehen und bis 420 Mark Einkommen herunter erhoben werden, gerade die kleinen und mittleren Einkommen am schwersten getroffen werden. Die Arbeitsgemeinschaft der vier Bergarbeiterverbände hat an den Handelsminister eine Eingabe gerichtet, die auch Steuererleichterungen für die minderbemittelte Bevölkerung verlangt, eine Erhöhung der steuerfreien Grenze und Steuerfreiheit für Teurungszulagen. Das ist ein Verlangen, das aus der Not der Zeit hervorgegangen ist. Es kommt vor, daß Arbeitern durch die höhere Besteuerung eine Kinderzulage, die sie erhalten, wieder weggenommen wird. Wir verlangen eine gerechte Parität für alle Arbeiter im Privat- und Staatsbetrieb. (Bravo! b. d. Soz.)

Finanzminister Dr. **Lentze**: Die Ansicht, daß Teurungszulagen der Beamten an sich steuerfrei sind, trifft nach der Judikatur des Oberverwaltungsgerichts nicht zu. Diese Steuerfreiheit tritt nur ein, wenn im einzelnen Fall eine Notunterstützung gewährt wird. Meine Bedenken gegen den Antrag König sind durch die Debatte nur vermehrt worden. Die Annahme der über die Kommissionsbeschlüsse hinausgehenden Anträge würde den ganzen Antrag zu Falle zu bringen. Denn diese Anträge sind steuerlich undurchführbar und würden außerdem eine große Ungerechtigkeit gegenüber all denen bedeuten, die nicht Arbeiter und Angestellte sind. Eine gewisse Ungerechtigkeit liegt natürlich auch vor, wenn man nur die Beamten berücksichtigt, aber dieser Wunsch der Kommission ist wenigstens durchführbar, denn hier handelt es sich um übersichtliche Verhältnisse und einen beschränkten Kreis.

Abg. **Gottschalk** (natl.) beantragt, alle Anträge an die Kommission zurückzuverweisen.

Nach weiterer kurzer Debatte wird dieser Antrag angenommen.

Es folgt die zweite und dritte Beratung des Gesetzes über die Gewährung von weitern 200 Millionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die

Kriegswohlfahrtsausgaben.

In Verbindung damit werden beraten ein Antrag Dr. **König** (Zentrum) auf Gewährung von Kriegsteurungszulagen auch an die in der Heimat zurückgebliebenen Offiziere und oberen Militärbeamten sowie ein Antrag **Schmidt** (Zentrum) auf Gewährung von Kinderbeihilfen an die zum Heeresdienst eingezogenen Staatsarbeiter.

Die Kommission beantragt die Gewährung von Kinderbeihilfen an die zum Heeresdienst eingezogenen Staatsbeamten und Volksschullehrer, soweit sie Gemeine oder Gefreite sind, und Erhöhung der Familienunterstützungen für die Familien der eingezogenen Staatsarbeiter und -angestellten.

Abg. **König** (Soz.) befürwortet seinen Antrag.

Abg. **Leinert** (Soz.):

Wir vermissen eine statistische Uebersicht über die Leistungen der Lieferungsverbände und über die Verteilung der bisher bewilligten 310 Millionen. Für verschiedene Landkreise dürfte diese Statistik allerdings nicht sehr angenehm sein, weil sich dann ergeben würde, daß sie nicht im geringsten über die gesetzlichen Mindestleistungen hinausgehen. Die Ministerialerlasse in dieser Frage der Kriegswohlfahrtspflege finden durchaus unsre Billigung, aber es gibt doch viele Lieferungsverbände, die diesem Erlaß nicht nachkommen. Eine ungeheure Arbeit ist den Lieferungsverbänden neuerdings mit den Unterstützungen aufgehalst worden, die sie an Familien von Arbeitern zahlen wollen, die auswärts zuwenig verdienen, um ihre Familie zu Hause zu unterhalten. Darin liegt außerdem ein Anreiz für die Arbeitgeber solcher Arbeiter, ihnen geringere Löhne zu zahlen. Eine Ablehnung von Familienunterstützungen durch die Lieferungsverbände sollte auf jeden Fall seitens der Lieferungsverbände hinreichend begründet werden. Zweifellos werden auch berechtigte Ansprüche in großer Zahl zurückgewiesen; deshalb hat ja auch ein Ministerialerlaß den Lieferungsverbänden größeres Wohlwollen in dieser Beziehung empfohlen. Auf keinen Fall darf eines Arbeitsverdienstes der Familie wegen die Unterstützung gekürzt werden. Noch weniger dürfen etwaige Beihilfen der Arbeitgeber von der Unterstützung in Abzug gebracht werden. Ich habe in der Kommission einige Fälle vorgetragen, in denen Lieferungsverbände ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind; mir ist Prüfung dieser Fälle zugesagt worden. Vielfach beziehen sich Lieferungsverbände auf die Unterhaltspflicht der Kinder gegenüber den Eltern. Das geht aber dann zu weit, wenn man von den Kindern verlangt, sie sollen ihre ganzen Ersparnisse aufbrauchen, ehe der Lieferungsverband eintritt. Gerade die Töchter in Arbeiterfamilien brauchen diese kleinen Ersparnisse für die Gründung einer Familie. Den vorliegenden Anträgen stimmen wir zu, natürlich unter der Voraussetzung, daß die darin gewünschten Erhöhungen zu den bisherigen Bezügen hinzutreten. Ein Privileg für die Beamten wird auch hier wieder geschaffen. Es wäre Pflicht der Regierung, für die übrige Bevölkerung in demselben Maße zu sorgen. Wir stimmen für die Anträge, nicht um die Beamten besonders gut zu stellen, sondern um dahin zu wirken, daß auch die andern Kreise den Beamten gleichgestellt werden. (Beifall b. d. Soz.)

Eine Handvoll Erde.

Roman von Klara Viebig.

(15. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Hirsekorn war nicht neugierig, aber an diesen Weibern nahm er Anteil, die sich abschleppten, während die Männer faulenzten. Kolonisten! Ob sie wohl etwas machen konnten aus dieser Scholle? Noch sah es traurig aus. Aber die ältere Frau, die voranging, geduckt unter einer schweren Last von Dachpappe, hatte ein ruhiges, zuversichtliches Gesicht, und das Mädchen, das hinter ihr kam — Herrgott, war das nicht das Fräulein Reschke, die Näherin, die immer zur Zimmer gekommen war?!

„Nein so was — Herr Doktor!" Frieda Reschke ließ die alte Tür fallen, die sie wie ein Schild auf dem Rücken trug. Sie hatte es sonst nie gewagt, dem Herrn die Hand zu reichen, aber hier draußen wagte sie es. Hier fühlte sie nicht die gleiche Scheu vor dem über ihr Stehenden wie drinnen in der Stadt. Frei sah sie ihm ins Gesicht; die weiche weiße Rundung der Bleichsüchtigen zeigte ein leichtes Braun, nun röteten sich ihre Wangen tief. Sie schämte sich doch ein bißchen: wie sahen sie aus! Aber dann stellte sie vor: „Meine Mutter! Mutter, das 's der Doktor Hirsekorn," — sie verbesserte sich — „der Herr Doktor Hirsekorn!"

„Freut mer jehre!" Mine ließ sich nicht so leicht aus der Fassung bringen, herzhaft schüttelte sie dem Herrn die Hand; als er neben ihr herschritt, trabte sie munter weiter und erzählte ihm dabei, wieviel ihre Frieda von ihm hielt, und daß sie sich jetzt die Laube bauten auf dem Stück Land, das sie sich gepachtet hatten. „Ein Glücke, daß unser Max früher freigekommen is von die Soldaten; er war nämlich krank geworden. Die Friedchen un ich alleene, nee, wer hätten 's doch nich geschafft. Mit 's Bauen, das wurde nischte. Aber nu —!" Ihre Augen strahlten.

Der Doktor lächelte: die Frau hatte Mut. Es mußte kein Leichtes hier sein.

„Sehn Se, un da kommt unser Garten hin!"

Sie waren beim Bauplatz angelangt, Frida stellte wieder vor: „Mein Vater! Der Max, mein Bruder!"

Herr Artur Reschke erhob sich von der Bank. Der Nachbar zog die Mütze und drückte sich dann sofort; er war keiner von denen, die mit einem Vornehmen etwas zu tun haben wollen, und daß das einer von denen war, die sich den Schweiß des armen Mannes zunutze machen, das sah er ja gleich auf den ersten Blick. Aber Artur wußte, was sich gehörte, ganz weltmännisch begrüßte er den feinen Herrn. Frieda flüsterte ihm rasch zu: „Das is der Doktor Hirsekorn, wo ich genäht habe!" Ach was, Hirsekorn oder Haferkorn, was wußte er, wo die nähte! Aber was gehört, gehört sich nun mal!

„Wollen Sie nicht Platz nehmen?" Höflich einladend wies Reschke auf das Bänkchen, und dann stand er vor dem Gaste, die Arme untergeschlagen, und pries die Reize seiner Pachtung. In Berlin war es ja zu traurig, nicht mehr auszuhalten, man bekam bloß Staub in die Lungen. Es bedurfte gar nicht der Aufforderungen in der Zeitung und der Anpreisungen, ein jeder fühlte es tief in der Brust: nur auf der eignen Scholle findet der Mensch sein Glück. „Denn, sehn Se, mein Herr," Artur zog die Achseln hoch und streckte die Hände in die Hosentaschen, „Glück will jeder Mensch haben, der Arme wie der Reiche. Un wenn er sich auch bloß danach sehnt — das 's auch schon was. Wenn ich so an meinem Fenster gestanden habe und roch bloß den Muff vom Hofe — na, denn sagte ich mir: man bloß raus, bloß raus!"

Die Frau stand dabei, sie nickte bei dem, was ihr Mann sagte, und sah ihn wohlgefällig von der Seite an. Ja, ihr Artur, der konnte es aussprechen, was sie nur fühlte! Sie wußte nicht, daß ihr Blick leuchtend sprach, wenn sie ihn hingleiten ließ über das eben umgebrochene Land, das Werk ihrer Hände; über die Laube, darin sie geborgen waren, wenn erst die Dachpappe, die sie eben herangeholt, die deckte, und die Tür, die Frieda von einem alten Gartenhäuschen erstanden hatte, ihre Behausung verschloß.

Hirsekorn sah das verarbeitete Frauenantlitz aufstrahlen. Solche Gesichter hatte er früher in seiner Armenpraxis viele gesehen, aber er hatte sie schon vergessen gehabt — über eigner Freude und eignem Leid. Nun las er wieder die ganze Geschichte solches Frauengesichtes. Er gab Mine die Hand.

Sie drückte die seine kräftig: „Besuchen Se uns ooch mal wieder, Herr Doktor, Sonntags sind wer immer hier draußen. Se müssen doch sehn, wie mersch vorankriegen!"

Er sah sie freundlich an: „Sie lieben wohl das Land sehr, Frau Reschke?"

„Lieben —?! Verlangert hat mich darnach mein Leben lang!"

Fünftes Kapitel.

Wenn man vom Reschkeschen Land bis zur Chaussee ging und dann jenseits geradeaus, noch vielleicht hundert Schritt, lag in der Bodensenkung, mitten im Oedland, ein kleines Gehöft. Es hatte früher zum Vorwerk Stolpe gehört, jetzt war es verfallen. Altersgrau hob es sich kaum ab von der Farbe des Bodens und duckte sich ganz. Die Winde, die über die freie Fläche wehten, taten ihm nichts an, darum wohnte die alte Bröse auch winters hier. Sie hätte in Briesewerder wohnen können, oder in Hohenfelde, sie hatte es gleich weit zu dem einen wie zum andern, die Leute hätten's ihr auch nicht verwehren dürfen, aber sie dachte gar nicht daran. „Wer zu mir will," sagte sie, „kommt auch hierhin!" Auf das junge Mädchen, das bei ihr wohnte, nahm sie keine Rücksicht. Was hatte die Anna denn im Dorfe zu suchen? Die sollte ganz still sein und froh, daß sie ihr nicht die Tür wies.

Es war kein Einvernehmen zwischen Großmutter und Enkelin. Die Leute lachten darüber: in der hatte die Brössche ihre Meisterin gefunden. „Du bist zu frech," schrie die Alte, „hol Dich der Teufel!" „Dich holt er zuerst!" sagte die Junge. Und wenn die Bröse dann drohend nach dem Besen griff, schlug die Anna ihn ihr aus der Hand, schnellte sich auf vor dem bösen Weibergesicht und zischte es an: „Schlägste mich, geh ich gleich zum Schandarm!" Dann verschluckte die Bröse ihre Schimpfwörter. Sie ging in den Verschlag neben ihrer dunkeln Stube, wo der Peter, der Ziegenbock, stand, kauerte sich nieder bei dem Tier und ließ sich von ihm das schmutzige Gesicht ablecken.

(Fortsetzung folgt.)

Finanzminister Dr. Lentze wendet sich gegen den Antrag König, wonach die Teurungszulagen ganz allgemein und nicht mehr nach Bedürfnis gewährt werden.

Abg. Dr. Wagner (Breslau) empfiehlt, diesen Antrag König an den verstärkten Haushaltsausschuß zurückzuverweisen.

Nach weiterer Debatte wird diese Zurückverweisung abgelehnt. Der Antrag König wird ebenfalls abgelehnt und die Kommissionsbeschlüsse angenommen.

Hierauf wird noch in die

zweite Lesung des Etats

eingetreten; eine Reihe kleiner Etats werden debattelos erledigt.

Beim Etat des „Preußischen Staatsanzeigers" kritisiert

Abg. Dr. Beumer (natl.), daß der „Staatsanzeiger" bei der diesmaligen ersten Lesung des Etats eine Rede des Abgeordneten Friedberg in fünf Zeilen und die darauf erfolgte Antwort des Finanzministers im Wortlaut gebracht habe. Der aus der Mitte der Steuerzahler erhaltene „Reichs- und Staatsanzeiger" sei verpflichtet, objektive Berichte zu liefern.

Ein Regierungsvertreter betont demgegenüber, es sei langjährige Uebung, daß im „Reichs- und Staatsanzeiger" alle Reden der Regierungsvertreter im Wortlaut gebracht würden. Infolge der Papier- und Druckverteurung würde im übrigen möglichst am Platze gespart. Daraus entstehende Unstimmigkeiten sollten in Zukunft nach Möglichkeit vermieden werden. Irgendeine Absicht, parteiisch zu verfahren, habe auf keinen Fall vorgelegen. Die betreffende Rede des Abgeordneten Friedberg sei von allen Zeitungskorrespondenzen damals sehr kurz gegeben.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz. Arb.-G.): Wir können ja eine gewisse Schadenfreude über diese Debatte empfinden, denn dieselbe Beschwerde wie Herr Beumer könnten wir über sämtliche Blätter vorbringen. Wenn der Regierungsvertreter sagte, die Unstimmigkeiten sollten beseitigt, aber die alte Uebung beibehalten werden, so glaubt er wohl selbst nicht, daß dies Kunststück fertigzubringen ist. Warum soll denn nicht auch bei den Ministerreden gespart werden? Auch sonst könnten bei den Ministern viel Ersparnisse erzielt werden, z. B. 14 000 Mark Repräsentationsgelder, die jetzt im Kriege nicht gebraucht werden. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.-G.)

Das Haus vertagt sich.

Die nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats.

Schluß 7 Uhr. —

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am heutigen Mittwoch statt.

Auch das Preußische Herrenhaus hatte am Dienstag eine Sitzung. Sie brachte den Beweis, daß die Konservativen an ihrem Widerstand gegen das vom Abgeordnetenhaus gegen ihre Stimmen angenommene Diätengesetz festhalten. Es ist alter Gebrauch im Herrenhaus, die eingehenden Vorlagen zuerst im Ausschuß zu beraten, und meistens werden dann im Plenum die Ausschußanträge ohne Erörterung angenommen. So geschah es am Dienstag sogar mit der Hibernia-Vorlage. Bei dem Diätengesetz verlangte Fürst Hatzfeldt vergebens, daß der alte Brauch ungebrochen bleibe, Herr v. Buch bestand auf einer ersten Lesung, in der „grundsätzliche Dinge" besprochen werden sollen, und die Mehrheit entschied in diesem Sinne. Wenn es zu dieser ersten Lesung kommen wird, ist noch unbekannt.

Das Herrenhaus trat auch dem in Gesetzform gekleideten Beschluß des Abgeordnetenhauses bei, daß die disziplinaren Arreststrafen für Unterbeamte aufgehoben werden sollen. Dabei hörte man vom Berichterstatter, daß der Minister des Innern diese Strafe immer noch im Interesse der Disziplin der Schutzleute und Feuerwehrmänner für nötig halte!

Die übrigen kleinen Vorlagen und Petitionen wurden ohne Debatte erledigt. Am Schlusse der Sitzung verlangte Fürst Hatzfeldt, daß der Etat dem Herrenhaus rechtzeitig zukomme, da dieser in diesem Jahre keine Lust habe, den Etat en bloc anzunehmen. Was mag man wohl planen?

Die nächste Sitzung ist erst am 8. März. —

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Sozialdemokratischer Verein.

Der Kreisvorstand hat den Beschluß gefaßt, eine Kreis-Generalversammlung abzuhalten. Diese ist auf den 25. März festgesetzt. Die Generalversammlung findet in Burg im Gewerkschaftshaus, Oberstraße 43, von vormittags 10 Uhr an statt.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren.
2. Bericht des Preßkommissionsmitgliedes.
3. Stellungnahme zu den Vorgängen in der Partei. Referent: Genosse H. Beims (Magdeburg).
4. Bericht über den Stand der Presse. Referent: Genosse A. Fabian (Magdeburg)
5. Sonstiges.

Die Filialvorstände werden ersucht, baldigst Mitgliederversammlungen abzuhalten, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, Stellung zur Generalversammlung zu nehmen und die Wahl von Delegierten vorzunehmen. Orte, an denen sich bis zu 50 Mitglieder befinden, können einen Delegierten, bis 100 Mitglieder zwei Delegierte und für jedes weitere angefangene Hundert Mitglieder einen Delegierten mehr wählen.

Etwaige Anträge müssen 2 Wochen vor dem Stattfinden der Generalversammlung beim Kreisvorstand eingereicht werden.

J. A.: Der Kreisvorstand. H. Stendel.

*

Burg, 14. Februar. (Gewerkschaftskartell.) Am Freitag pünktlich abends 8 Uhr findet eine Sitzung mit den Gewerkschaftsvorständen im Gewerkschaftshaus statt. —

— (Die Ausgabe der Brot-, Butter- und Zuckerkarten) findet statt am 15. Februar von 9½ Uhr vormittags bis 12½ Uhr mittags. Es werden diesmal die Karten nur für zwei Wochen ausgegeben, also für die Zeit vom 15. bis Ende Februar. Später erfolgt die Ausgabe zum jedesmaligen Monatsersten für den laufenden Monat. Bezüglich der Bezirke ist eine Aenderung dahin eingetreten, daß Poldernstraße vom Bezirk 49 abgezweigt und dem Bezirk 54 (Brunnenmann Lehrer Lagunsky) zugeteilt ist. Die übrigen Ausgabestellen bleiben unverändert. —

— (Lebensmittelamt.) Die Geschäftsstunden für das Lebensmittelamt, Breiter Weg 38 und für den Verkehr mit den Publikum auf die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags festgesetzt. Nachmittags findet eine Abfertigung des Publikums nicht mehr statt.

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 14. Februar. (Stadtverordnetensitzung.) In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung wurde die Wahl des Oberbürgermeisters, dessen Amtsdauer im Juli abläuft, vorgenommen. Die Wiederwahl erfolgte einstimmig (mit 37 Stimmen) auf 12 Jahre. Eine Stiftung von 25 000 Mark von Stadtrat Grun wurde angenommen. Die Zinsen der Stiftung sollen zur Unterstützung Angehöriger aus kaufmännischen und gewerblichen Kreisen, die durch den Krieg in Not geraten sind, verwendet werden. Für den Kriegsfonds wurden weitere 20 000 Mark bewilligt. Bis Ende 1916 sind für Kriegszwecke insgesamt 2 555 000 Mark ausgegeben. Davon sind 1 139 000 Mark vom Reiche zurückerstattet. Es sind verausgabt für Familienunterstützung 1 750 000 Mark, für Erwerbslose 370 000 Mark, für Kriegsfürsorge 19 000 Mark. Für die Anschaffung eines neuen Tonnenbandes für die Kohlenförderanlage im Elektrizitätswerk wurden 8800 Mark bewilligt. Die jetzigen Räume der Sanitätskolonnenwache werden für die Gemeinde der Kriegsfürsorge gebraucht. Andere Räume für die Sanitätskolonne sollen im Remmerschen Garten und in Schwendorf gemietet werden. Der Bewilligung von 300 Mark jährlich für Miete und von 400 Mark für Instandsetzung wurde zugestimmt. Für die noch nicht vorhandenen Kohlenvorräte soll den Zentralheizungen entsprechend eine höhere Vergütung gewährt werden. Die Umlage fällt von 3½ auf 4 Prozent herabgesetzt werden. Dem Antrag Hirschfeld wurde zugestimmt. Für den Friedhof ist eine Grabdenkmalsordnung zur Verabschiedung. Die Grabdenkmalsordnung enthält Vorschriften über Größe und Beschaffenheit der Denkmäler sowie über das zu verwendende Material. Die Bestimmungen entsprechen den Wünschen der Stadtverordneten nicht. Genosse Gerlach erkannte unter anderem einige dann enthaltene Härten, deren Beseitigung nun hier gewünscht wurde. Es wurde beschlossen, die Denkmalsordnung der Friedhofskommission noch einmal zur Prüfung zu überweisen. Die Stadtverordneten Dr. Kreutz und Dr. Dent wurden dazu benannt, an dieser Beratung teilzunehmen. An Stelle des zum Beigeordneten erwählten Herrn Stadtrat Dr. Köder als Vorsitzender des Gemeindevorstandes gewählt. Dem Antrag des Magistrats, die goldene Medaille des Oberbürgermeisters der Goldenen Medaille gegen Bezahlung zu verleihen, wurde zugestimmt. In der geheimen Sitzung wurden bewilligt für Gemeindevorsteher für die Magistratsmitglieder 400 Mark, an Entschädigung für den stellvertretenden Standesbeamten der gemischten Bevölkerungsgruppe 150 Mark und für die gottesdienstlichen Handlungen eines Beamten eine Zulage. Ferner wurde der Gewährung der Wohnungsmiete für die Kriegsfamilien auf 300 Mark zugestimmt. —

— (Schlachthof-Freibank.) Am Donnerstag erhalten die Nummern von 3451 bis 3650, am Samstag die Nummern von 651 bis 850 Fleisch in der Zeit von 9 bis 1 Uhr. —

Osterwieck, 14. Februar. (Kartoffelabgabe.) Von der hiesigen Stadt werden im Lebensmittelamt, Kapellenstraße 45, an jedem Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags Karten zum einmaligen Bezug von Kartoffeln mit Gültigkeit bis zum 11. März ausgegeben. In Frage kommen Familien und einzelne Personen, welche keine Landwirtschaft betreiben. Für jede Person werden für den Tag ¾ Pfund Kartoffeln abgegeben. Der Verkauf findet im Grundstück Gartenstraße Nr. 20, Eingang Luisenallee, an folgenden Wochentagen statt: Montag, Dienstag und Donnerstag von 1 bis 5 Uhr nachmittags gegen Abgabe der Bezugskarten. —

— (Erfrorenes Vieh.) Die große Kälte hat auch hier manchem Viehhalter empfindlichen Schaden zugefügt. So sind in mehreren Fällen kleine Ferkel sowie auch junge Hühner erfroren.

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben, 14. Februar. (Stadtverordneten-Sitzung.) Die Elektrizitätskassenrechnung für 1915 hat eine Einnahme und Ausgabe von 131 309 Mark. Es wurden im Berichtsjahre 177 Neuanschlüsse vollzogen. Als unerfreuliche Begleiterscheinung bezeichnete Gen. Schmidt die Verluste am Strom, der z. T. durch die Verwendung älterer Zähler entsteht. Zur Beseitigung dieser Kalamität empfahl er die gänzliche Entfernung der Zähler, für jede Lampe sollte ein bestimmter Betrag erhoben werden. Aus der langen Debatte ging hervor, daß der jetzige Modus beibehalten werden soll. Gen. Schmidt verlangte die Entfernung der schlecht funktionierenden Zähler. Einem Hausbesitzer, der sich weigern, eine Beleuchtung an seinem Hause anbringen zu lassen, soll evtl. der Strombezug im Hause gesperrt werden. Auf den vom Gen. Blume in der vorigen Sitzung gestellten Antrag, der Magistrat möchte sich für die auswärts arbeitenden Munitionsarbeiter verwenden, damit diese ebenfalls einen Anteil von der Fett-Spende erhalten, hat sich der Magistrat an die Munitionsfabriken von Krupp, Polte und Wolf gewandt. Aus der Antwort der drei Fabriken geht hervor, daß alle Arbeiter an den Wohlfahrtseinrichtungen der Fabriken teilnehmen, außerdem kann jeder in den Fabriken warmes Essen erhalten. Auch die Arbeiterzüge wäre so eingerichtet, daß die in Frage kommenden Arbeiter abends 6½ Uhr den Zug erreichen können. Genosse Schmidt erklärte, daß die Fabrikeinrichtungen anzuerkennen seien, aber der Antrag habe dahin, den betreffenden Arbeitern einen Anteil an der Fettspende zu sichern; daß dies geschehe, gehe aus der Antwort der Fabriken nicht hervor. Die Debatte wurde durch einen Schlußantrag beendet. Stadtrat Albrecht konnte zwar noch den Begriff Leichte, Schwer- und Schwerstarbeiter erklären, während dem Genossen Schmidt durch den Schlußantrag eine weitere Erwiderung abgeschnitten wurde. Am Schlusse der öffentlichen Sitzung bemerkte Schmidt, in diesem Jahre in den Forsten keine Brennholzauktionen abzuhalten, um eine Verteuerung des Brennholzes zu vermeiden, sondern das Holz in kleinen Posten zum Tagespreis an die Einwohner der Stadt abzugeben. Dem Bürgermeister Bohe wurde erwidert, daß dies im Oberholz nicht möglich wäre, da bei diesem die Holzgerechtigkeitsbesitzer mitzusprechen haben. Lübbenitz und Zernitz hätten aus, weil zu abgelegen. Dagegen würden im Papenbergholz 25 Morgen Eichenschälholz geschlagen und dieses würde dem Antrag entsprechend verkauft werden. Weiter bemängelte Genosse Schmidt, die städtische Obsternte nicht zu verpachten, sondern diese den Einwohnern der Stadt zu billigen Preisen zu verkaufen. Bürgermeister Bohe teilte mit, daß diese Angelegenheit den Magistrat bereits beschäftige und im Sinne des Antrages erfassen werde. In der nichtöffentlichen Sitzung wurde beschlossen, den Lehrern und Beamten Teuerungszulagen zu gewähren bis zur Gehaltsgrenze von 4500 Mark. Den beiden Bädern am Orte wurde die Genehmigung für die amtlichen Bekanntmachungen erteilt. —

— (Der Schulunterricht) ist erneut in städtischen Schulen bis zum 29. Februar ausgesetzt worden. —

Wahlkreis Kalbe-Aschersleben.

Aschersleben, 14. Februar. (Die Kriegsunterstützungen) werden am 15. und 16. Februar im Stadtverordneten-Sitzungssaal in folgender Reihenfolge gezahlt: am 15. Februar Nr. 1 bis 300 von 8 bis 9 Uhr, 301—590 von 9 bis 10 Uhr, 591—880 von 10 bis 11 Uhr, 881—1160 von 11 bis 12 Uhr, 1161—1510 von 12 bis 1 Uhr, 1511—1790 von 1 bis 2 Uhr; am 16. Februar Nr. 1791 bis 2320 von 8 bis 9 Uhr, 2321—2430 von 9 bis 10 Uhr, 2431—2780 von 10 bis 11 Uhr, 2781—3080 von 11 bis 12 Uhr, 3081—3440 von 12 bis 1 Uhr, 3441 und Rest von 1 bis 2 Uhr. Da die Auszahlung infolge der neu eingetretenen Geschäftsstunden im Rathaus eine Neuregelung erfahren hat, ist besondere Beachtung der Reihenfolge notwendig. Kinder unter 12 Jahren sind nicht gezählt, auch ist der Ausweis mitzubringen. —

— (Die gestohlene Ziege.) Das Fleisch, welches bei dem Arbeiter K. gefunden wurde, rührt nicht, wie mitgeteilt, von der gestohlenen Ziege her. Die Ermittlungen nach der Herkunft dieses Fleisches ergaben, daß das Fleisch von einem auswärtigen Fleischer verbotswidrig nach hier eingeführt war. Hierbei wurde festgestellt, daß der betreffende Fleischer an denselben Arbeiter schon öfter größere Mengen Fleisch und Wurstwaren geliefert hat, die er am Angestellten am Arbeiter eines größeren Betriebes, bei dem K. beschäftigt ist, mit einem Gewinn von 50 Pfg. pro Pfund weiter verkaufte. Der Fleischer, gegen den bereits das Schlachtverbot verhängt ist, hat das Fleisch und die Wurstwaren heimlich geschlachtetem Vieh geliefert. —

Barby, 14. Februar. (Ohne Brotkarte verkauft.) Die Bäckerei des Bäckermeisters Konrad Schröder ist geschlossen worden. Sch. hat Backwaren ohne Brotmarken verkauft. —

Quedlinburg, 14. Februar. (Sitzung der Stadtverordneten.) Der Vorsteher widmete den beiden verunglückten Feuerwehrleuten Hüter und Gramsch einen ehrenden Nachruf. Anschließend daran beantragt er die Bewilligung von 1000 Mark zu einem würdigen Ehrendenkmal. Die Stadt hat auch die Beerdigungskosten für beide zu tragen. Vom Oberbürgermeister wird mitgeteilt, daß die an der Amtsstelle des Oberbürgermeisters befindliche Fahne, die aus reinem Feingold besteht, zum Zwecke der Ablieferung durch eine eiserne ersetzt werden soll. Die Lehrgeld für die Jünglinge der Quedlinburger Schwesternschaft wird auf 2 Jahre ausgesetzt. Den beiden Kindern des plötzlich verunglückten Feuerwehrmannes Hüter wird eine Rente von 220 Mark auf 6 Jahre gewährt. Die Rechnung der Oberrealschule für 1914 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 95 675 Mark ab und erforderte einen Zuschuß von 56 761 Mark, die des Gymnasiums mit 71 096 Mark, Zuschuß 28 251 Mark. Der Haushaltplan für das Lyzeum für 1917 schließt ab mit 46 977 Mark und erfordert 33 247 Mark Zuschuß, für das Lyzeum mit 222 962 Mark und erfordert 49 753 Mark Zuschuß. Der Referent bemerkt, daß beide Haushaltpläne sehr vorsichtig aufgestellt seien. Sehr erfreulich haben sich die Rieselfelder entwickelt, sie erfordern keinen Zuschuß, sondern werfen noch etwas ab. Von Baurat Voß wird noch ergänzend bemerkt, daß die Stadt 22 Morgen selbst bewirtschaftet hat und einen Reingewinn von 12 400 Mark erzielt hat, das macht auf den Morgen 565 Mark. 3700 Zentner Gemüse sind geerntet, auch die Schweinemast verspreche gute Resultate. In der im Gaswerk befindlichen Dörranlage sind 1400 Zentner Gemüse gedörrt, die 114 Zentner Dörrgemüse ergeben haben. Bei der Feststellung der Haushaltpläne für das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk bemerkt Stadtverordneter Kratzenstein, daß vom Gaswerk 65 000 Mark, vom Wasserwerk 10 000 Mark und vom Elektrizitätswerk 20 000 Mark der Kämmereikasse zugeführt werden. Er empfiehlt folgenden Magistratsantrag: „Jeder Gasabnehmer darf nur zwei Drittel seines vorjährigen Monatsgasverbrauchs verbrauchen; für den Mehrverbrauch müssen 45 Pfg. für das Kubikmeter bezahlt werden. Das trifft auch auf die Automaten zu." Baurat Voß weist noch darauf hin, daß die Bitten und Ermahnungen um Gas- und Stromverbrauch bisher recht wenig genützt haben. Nur 10—15 Prozent Einschränkungen sind erfolgt. Die Kohlenknappheit zwingt zu dieser Maßnahme. Der Vorrat an Kohle reicht nur noch 3 Wochen aus. Es ist alles versucht, um Kohlen zu beschaffen. Es müsse überall streng auf Gasersparnis geachtet werden, damit die Kriegsindustrie nicht darunter zu leiden habe. Stadtverordneter Bruer meint, daß die Gewerbetreibenden durch diese Maßregel wohl am härtesten getroffen würden, da sie ihren Gasverbrauch schon auf das Notwendigste beschränkt hätten. Dasselbe befürchtet Stadtv. Möhring auch für die Automatenbesitzer. Baurat Voß meint, daß sich eine Aenderung in dem gewünschten Sinne nicht ermöglichen lasse. Der Haushaltplan für den Schlachthof rechnet mit einem Fehlbetrag von 13 000 Mark. Durch eine 10prozentige Erhöhung der Untersuchungs-, Schau- und Schlachtgebühr werden 3000 Mark gedeckt werden, 5000 Mark sollen dem Rücklagefonds und 5000 Mark aus den Ueberschüssen der städtischen Sparkasse entnommen werden. 10 Prozent Zuschlag kommen auch auf Kunsteis. Die Schlachtungen sind gegen 1915 erheblich zurückgegangen, besonders an Schweinen, zugenommen haben die Schlachtungen von Pferden und Hunden, bei letzteren betragen sie 360 Stück. Von 2614 Schülern der Volksschulen sollen 150 in der Kriegsküche in der Neustädter Schule gespeist werden. Die Ausgaben belaufen sich auf 30 bis 35 Pfg. täglich, die bis zu den Osterferien auf 3- bis 4000 Mark anwachsen werden. Professor Dr. Kleemann empfiehlt den Antrag mit Rücksicht auf die schon wahrnehmbare Unterernährung. Die Rechnung für das Armenwesen schließt mit 122 459 Mark ab, die des Wipertistifts mit 38 095 Mark und die des Wilhelmstifts mit 8114 Mark. —

— (Familien-Unterstützungen.) Die nächste Auszahlung der Unterstützungen für Familien der Kriegsteilnehmer findet statt: Im Rathause (Vorraum des Stadtverordneten-Sitzungssaals) am 15. Februar vormittags 9—12½ Uhr für die Buchstaben L—R und S, nachmittags 3—5½ Uhr Sch, St bis Z; am 16. Februar vormittags 9—12½ Uhr für die Buchstaben A—F und J, nachmittags 3—5½ Uhr G, H und K. Um das lange Warten zu vermeiden, muß die Reihenfolge genau eingehalten werden. —

— (Fleischkarten) werden am 15., 16. und 17. Februar im Bürgersaal ausgegeben. Die Inhaber roter Stammkarten erhalten ihre Fleischkarten im Hochbauamt, Zimmer 27. Wer die Karten nicht bis zum 17. Februar abgeholt hat, kann dies im Lebensmittelamt, Zimmer Nr. 1, nachholen, muß aber für jede Karte 25 Pf. bezahlen. Als Ausweis gelten die Brotstammkarten. Jeder Haushaltungsvorstand muß die Namen seiner im Haushalt befindlichen Angehörigen mit Tinte oder Tintenstift auf der Fleischkarte vermerken und diese dem Fleischer, in dessen Kundenliste er eingetragen ist, zur Abstemplung vorlegen. Verlorengegangene Karten werden nicht ersetzt. Jeder muß beim Empfang die Karten nachzählen. Etwaige Veränderungen auf der Stammkarte sind vorher im Lebensmittelamt zu erledigen. —

Staßfurt, 14. Februar. (Zucker) wird von Donnerstag an wieder verabfolgt, und zwar 1 Pfund für die Person. Der jetzt verteilte Zucker muß bis zum 20. März ausreichen. Nach der Bekanntmachung des Magistrats müssen Anträge auf Nachbewilligung von Zucker zur Kinderpflege, wegen Krankheit usw. unberücksichtigt bleiben, und sind daher zwecklos. —

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Tangermünde, 14. Februar. (Vom Aepfelhandel.) Der Händler Franz Edeler aus Drennhausen (Kreis Winsen a. d. L.) hatte sich vor dem Landgericht Stendal wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Es ist ihm zur Last gelegt, einen Ausweis über die Genehmigung zum Versand von 400 Zentnern Aepfel, der ihm von einer Hamburger Firma, für welche er handelte, verschafft war, gefälscht zu haben. Er gibt auch zu, daß er auf dieser Ausweiskarte vor die Zahl 400 eine „1" und die Ortschaften „Wahrenberg und Tangermünde" hinzugesetzt hat, um mehr Aepfel versenden und auch an Orten, die nicht auf sein in Ausweis genannt waren, solche aufkaufen zu können. Die Strafkammer verurteilte ihn wegen einfacher Urkundenfälschung zu 1 Woche Gefängnis. —

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Salzwedel, 14. Februar. (2000 Mark gestohlen.) Wegen schweren Diebstahls bzw. Hehlerei waren der Fleischerlehrling Richard E. von hier, dessen Mutter Berta E. und der Fleischergeselle Max H. vor dem Landgericht Stendal angeklagt. E. hat Ende Oktober v. J. einem Dienstherrn, Fleischermeister Meyer, etwa 2200 Mark, zwei Geldbriefen, einen Geldbeutel und eine Brieftasche gestohlen. Gleich nach Begehung des Diebstahls fuhr er nach Wustrow zu seiner Mutter und brachte ihr einen Teil des Geldes, insgesamt wurden der Frau E. etwa 785 Mark abgenommen. Sie hat sich dadurch der Hehlerei schuldig gemacht. H. soll sich der Mittäterschaft in der Weise schuldig gemacht haben, daß ihm zur Last gelegt wird, aus der gestohlenen Brieftasche, die E. in dem H.schen Hause in der Bodenkammer versteckt hatte, etwa 450 Mark entwendet zu haben. H. wurde jedoch freigesprochen. Die Strafkammer erkannte gegen E. auf 1 Jahr Gefängnis und gegen Frau E. auf 6 Monate Gefängnis, in beiden Fällen unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 14. Februar 1917.

Unglaubliche Kohlenpreise.

In einem Inserat der hiesigen Zeitungen finden die Kohlenverbraucher heute die Mitteilung, daß der Kohlenhändlerverein den Preis für böhmische Braunkohlen und für Briketts frei Aufbewahrungsort in „Uebereinstimmung mit dem Lebensmittelamt der Stadt Magdeburg" auf 1 Mark 95 Pfennig für die Zeit der jetzigen Kohlenknappheit hinaufgeschraubt hat. Was die Ware ab Lager des Händlers kosten soll, ist leider nicht gesagt worden. Wir halten diesen Preis für viel zu hoch, und wollen auch gleich dartun, warum.

Der Zentner Briketts kostet höchst gerechnet:

frei Bahnhof Magdeburg	Mk. 0,90
Arbeitslohn für Ausladen pro Zentner	„ 0,08
Arbeitslohn für Abwiegen „ „	„ 0,06
Verlust beim Transport „ „	„ 0,05
Fuhrlohn von der Bahn zum Lager pro Zentner	„ 0,10
Immer höchst gerechnet kostet der Zentner frei Lager des Verkäufers	Mk. 1,19
Wir wollen den Händlern einen hübschen Kriegsverdienst lassen und berechnen 20 Prozent Reingewinn auf	Mk. 1,19 = Mk. 0,24
der Zentner kostet inklusive Gewinn	Mk. 1,43

Nun wollen die Händler frei Aufbewahrungsraum den Zentner mit 1,95 Mark liefern. Sie berechnen also für Fuhrlohn vom Bahnhof oder der Lagerstelle für den Zentner 52 Pfennig. Auch wenn man für das Einbringen noch einen recht hohen Satz zugeben will, bleibt ein so außerordentlich hoher Satz für Fuhrlohn, daß man gegen diesen Gesamtpreis energisch Einspruch erheben muß.

Uebrigens soll nach der Angabe der Preis auch nur so lange bestehen bleiben, als der Kohlenmangel anhält. Darf man das so verstehen, daß durch die enormen Preise — um es vorsichtig auszudrücken — Sparsamkeit im Verbrauch von Kohlen der Bevölkerung angewöhnt werden soll? Es ist nicht das erstemal, daß wir dieser merkwürdigen Ansicht begegnen.

Wir möchten doch sagen, daß durch den hohen Kohlenpreis auch nicht ein Brikett weniger verbraucht wird. Der Erfolg ist auch hier wie in allen andern Fällen, daß der Lieferant das Geld einsackt und die Konsumenten es loswerden. Warum hat aber das Lebensmittelamt sein Einverständnis gegeben mit dieser zweifellos erheblichen Ueberteurung? Die Kohlennot hat gerade die armen Leute betroffen, die an vielen sehr kalten Tagen sich nicht einmal eine warme Stube machen konnten, wenn sie in den Morgenstunden von Nachtarbeit zu Hause kamen. Wir haben eine Preisprüfungsstelle und diese hat eine Kohlenkommission eingesetzt. War es nicht möglich, diese Stellen zu befragen, bevor das Einverständnis gegeben wurde? Es ist doch nicht anzunehmen, daß nach allen Erfahrungen die Forderung des Kohlenhändlervereins ohne weiteres überzeugend gewesen ist?

Auch die Verteilung der Kohlenkarten hat zu berechtigten Beschwerden Anlaß gegeben. Warum mußten die Konsumenten im Straßenschmutz stundenlang stehen, um zu ihrer Karte zu kommen? Vielleicht wäre es doch möglich gewesen, die Ausgabe in größern Räumen und an mehreren Stellen so einzurichten, daß dabei auch ein ganz klein wenig Rücksicht auf die Entnehmer zu bemerken war.

Gegen die Schließung der Theater.

Gegen die Schließung der Schauspielhäuser, Kinos, Varietés usw. haben Interessentengruppen Aktionen unternommen. Das Präsidium der internationalen Artistenloge hat an das hiesige stellvertretende Generalkommando ein Gesuch gerichtet, in dem es heißt:

Die Internationale Artistenloge, Berufsverein der Spezialitätenkünstler, erhebt ernstliche Bedenken und protestiert gegen die Schließung der Varietés, Kabarette, Zirkusse über den 15. Februar hinaus. Das Volk kann nicht nach harter Tagesarbeit und tausend Lebenssorgen abends zu Hause frieren, sondern will sich im Theater an höherer Kunst erbauen und braucht Ablenkung, Zerstreuung, Entspannung, Erheiterung. Man regle die Kohlenbeschaffung, aber schließe nicht Unterhaltungsstätten des Volkes, die ihm diese opferschwere Zeit tragen helfen.

Weiter wird mitgeteilt, daß am Dienstag montag eine Konferenz einer Deputation des Verbandes zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der Kinematographie mit dem Dezernenten für Kinoangelegenheiten im Ministerium des Innern, Geh. Oberregierungsrat Dr. Meister, stattgefunden. Die Delegierten schilderten ihm die schweren Schäden, von denen die Kinotheaterbesitzer und auch die Filmfabrikanten und Filmverleiher durch die in zahlreichen Städten verfügte Schließung der Kinotheater betroffen worden seien. Darauf erklärte Dr. Meister, daß der Minister des Innern v. Loebell sich grundsätzlich mit einer Schließung der Kinotheater nicht einverstanden erklären könne.

Wie verlautet, hat der Minister des Innern auch bereits einen Erlaß an sämtliche Regierungspräsidenten in diesem Sinne gerichtet und sie dahin verständigt, daß er eine Schließung der Kinos nicht wünsche, sondern sie nur unter der Voraussetzung zulassen wolle, daß tatsächlich ein Notstand in bezug auf die allgemeine Kohlenversorgung festgestellt sei. Die Kinotheater sind in diesem Falle in der Reihenfolge erst zuletzt mit Kohlen zu versehen.

Auffällig ist, daß in dem Erlaß des Ministers an die Regierungspräsidenten von Schauspielhäusern nicht die Rede ist. Als selbstverständlich darf aber wohl angenommen werden, daß man das Kino dem Schauspielhaus nicht vorzieht. Die mildere Witterung wird aber die Schließung der Theater überhaupt überflüssig machen. —

** **Brotverkauf.** Im Februar kann bei der Kürze des Monats ausnahmsweise auf die Brotmarken Nr. 9 bis 12 bereits ab 15. Februar Brot verabfolgt werden, auf Marken Nr. 13 bis 16 bereits ab 23. —

— **Die Heizung der Eisenbahnzüge.** Bei den fortgesetzt hohen Anforderungen der Heeresverwaltung an Maschinen und bei dem außerordentlich hohen Bedarf an Betriebsmaterialien ist es nicht immer möglich, die zur Personenbeförderung dienenden Züge ordnungsmäßig zu heizen. Den Reisenden wird daher von der Bahnverwaltung zur Förderung ihrer Gesundheit erneut die Mitnahme von ausreichender Winterschutzkleidung, Decken, Fußsäcken u. dgl. empfohlen. —

— **Ein preußischer Ernährungsleiter.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die Ernährungsfragen beschäftigten in der letzten Zeit das preußische Staatsministerium eingehend. Nach den Verhandlungen unter den beteiligten Ressorts fand am Montag eine Sitzung des Staatsministeriums statt, worin über organisatorische Maßnahmen wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Es ist in Aussicht genommen, die auf dem Gebiet der Volksernährung während des Krieges errichteten oder noch zu errichtenden preußischen Landesstellen (Landesgetreideamt, Landesfleischamt usw.) der Leitung eines besonderen Staatskommissars zu unterstellen und ihm die den beteiligten Ministern zustehenden Aufsichtsbefugnisse zu übertragen. Gleichzeitig wird dieser Staatskommissar mit dem Kriegsernährungsamt in enge Verbindung gebracht werden. —

** **Die Unterstützung von Kriegerwaisen.** Der Magistrat schreibt uns: Wie uns mitgeteilt wird, versuchen vielfach jetzt auswärtige Versicherungsgesellschaften, in unsrer Bevölkerung für eine Unterstützung von Kindern gefallener Krieger durch Aufnahme einer Versicherung zu deren Gunsten Propaganda zu machen. Sie verhandeln mit den betreffenden Personen, am liebsten mit Ehefrauen, und nach einiger Zeit bekommen diese einen fix und fertigen Vertrag von einer Versicherungs-Gesellschaft zugesendet, ohne sich bewußt zu sein, für sie bindende Erklärungen abgegeben zu haben. Das veranlaßt uns, dringend davor zu warnen, mit solchen Personen sich in Verhandlungen einzulassen. In Magdeburg ist die Kriegspatenschaft in einer Fürsorgestelle organisiert. Es wird dringend ersucht, in all den Fällen — hoffentlich sind das recht viele —, in denen sich einzelne Bürger gedrängt fühlen, ihre Dankesschuld gegen unsre Krieger dadurch abzutragen, daß sie den Kindern der Gefallenen hilfreich zur Seite treten, sich lediglich an diesen Ausschuß zu wenden. Das Bureau der Fürsorgestelle befindet sich im alten Rathaus, Erdgeschoß, Baupolizeibureau, Eingang von der Johanniskirche. Es ist überaus wichtig, daß die Kriegerwaisen zugedachten Unterstützungen nicht einzelnen Kriegerwaisen doppelt zukommen, während andre dafür ohne Unterstützung bleiben. Auch darüber führt der Ausschuß strenge Kontrolle und gibt die Fürsorgestelle bereitwilligst Auskunft. —

** **Bestandsaufnahme für Brotgetreide usw.** Am 15. Februar wird eine Aufnahme der Vorräte an Brotgetreide, Mehl, Gerste, Hafer sowie Hülsenfrüchten aller Art mit Ausnahme der Wicken und Lupinen stattfinden. Der Magistrat schreibt hierzu: Diese Aufnahme hat für die weitere Brotversorgung die größte Bedeutung und wird daher von den Kommunalverbänden genau und sorgfältig durchgeführt. Die Aufnahme erstreckt sich auf sämtliche landwirtschaftlichen Betriebe. Es ist daher die ganz besondere Pflicht eines jeden Landwirts, die Angaben für die ausgedroschenen Bestände nach dem tatsächlichen Gewicht, die unausgedroschenen Bestände entsprechend den bisherigen Druschergebnissen zu prüfen und ebenfalls genau nach Zentnerzahl anzugeben. Die richtige Angabe liegt auch im Interesse der Landwirte, da nach der Verordnung die Kommunalverbände verpflichtet sind, bis Ende Februar 1917 eine Nachprüfung der Ergebung durch Beamte oder beeidigte Vertrauensleute vorzunehmen, die sich auf mindestens 10 vom Hundert der abgegebenen Anzeigen erstrecken muß.

— **Streumehlzusatz.** Der Bäckermeister Adolf Sauer von hier, geboren 1879, verwendete im November 1916 zum Brot Streumehlzusatz. Er wurde wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vom Schöffengericht zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. —

** **Die Kohlenstelle des städtischen Lebensmittelamts** wird Anträge auf vorzugsweise Kohlenlieferung a) von Haushaltungen mit Kranken, b) von Gewerbebetrieben, für deren Aufrechterhaltung ein öffentliches Interesse besteht, insbesondere Bäckereien entgegennehmen und nach Möglichkeit zur Ausführung bringen. Die Anträge zu a und b sind auf besonderen Vordrucken, welche in den Polizeirevieren aufliegen, zu stellen und dem zuständigen Polizeirevier zur Abgabe an das Lebensmittelamt einzureichen. Anträge in andern als den zu a und b angegebenen Fällen werden nicht berücksichtigt. —

** **Die Zahlungen der Familien-Unterstützung an Angehörige von Kriegsteilnehmern** finden an diejenigen Personen, die eine Benachrichtigung bereits erhalten haben, wie folgt statt:

In der Kriegsunterstützungskasse unter den Kolonnaden:

Am Freitag, 16. Februar 1917, vormittags, an die Empfangsberechtigten, deren Benachrichtigungsschreiben in der linken oberen Ecke die Nummern 1—700 tragen, an demselben Tage nachmittags „ „ 701—1000
am Sonnabend den 17. Februar, vormittags „ „ 1001—2000
am Montag den 19. Februar, vormittags „ „ 2001—2700
nachmittags „ „ 2701—3000
am Dienstag den 20. Februar, vormittags „ „ 3001—3700
nachmittags „ „ 3701—4000
am Mittwoch den 21. Februar, vormittags „ „ 4001—4700
nachmittags „ „ 4701—5000
am Donnerstag den 22. Februar, vormittags „ „ 5001—5700
nachmittags „ „ 5701—6000

In der Kriegsunterstützungskasse Peterstraße 1, I:

am Freitag den 16. Februar, vormittags die Nummer 6001—6700
nachmittags „ „ 6701—7000
am Sonnabend den 17. Februar, vormittags „ „ 7001—8000
am Montag den 19. Februar, vormittags „ „ 8001—8700
nachmittags „ „ 8701—9000
am Dienstag den 20. Februar, vormittags „ „ 9001—9700
nachmittags „ „ 9701—10000
am Mittwoch den 21. Februar, vormittags „ „ 10001—10700
nachmittags „ „ 10701—11000
am Donnerstag den 22. Februar, vormittags „ „ 11001—11700
nachmittags „ „ 11701—12000
am Freitag den 23. Februar, vormittags „ „ 12001—12700
nachmittags „ „ 12701—13000
am Sonnabend den 24. Februar, vormittags „ 13001 u. folg.

Die Zahlungen erfolgen vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 3 bis 5 Uhr, Sonnabends jedoch nur vormittags von 8 bis 1 Uhr, an den betreffenden Zahlstellen. Empfangsberechtigte, die an der Abhebung an den oben bezeichneten Terminen behindert sind, können sich, soweit die Nummern 1—6000 in Betracht kommen, am Freitag den 23. Februar 1917 und, soweit die Nummern von 6001 ab in Betracht kommen, am Sonnabend den 24. Februar 1917 an der zuständigen Zahlstelle zum Empfang der Beihilfe melden. — An den vorstehend nicht genannten Tagen bleiben die Kassen geschlossen.

× **Wo ist das Oel?** In der Zeit vom 11. bis 13. d. M. wurden aus einer verschlossenen Niederlage in der Halberstädter Straße eine Kanne mit 25 Liter Stearinöl und 100 Liter Schmieröl gestohlen. Mitteilungen über den Verbleib sind der Kriminalpolizei erwünscht. —

— **Eisbruch bei Tangermünde.** Am Dienstag früh 4 Uhr Uhr hat sich die Eisdecke der Elbe bei Tangermünde wieder in Bewegung gesetzt. Der Aufbruch geschah bei einem Pegelstand von + 3,90 Metern, dann fiel das Wasser um etwa 30 Zentimeter, erreichte aber gegen 11 Uhr vormittags wieder einen Stand von + 3,70 Metern. Von den Fahrzeugen, die im Hafen nicht mehr Unterkunft finden konnten und am Elbufer vor Anker lagen, wurden mehrere, darunter auch der Eildampfer „Magdeburg II" durch den Druck der Eismassen von ihrer Verankerung sowie Befestigung auf dem Ufer losgerissen, die Ketten und Seile waren dem Element gegenüber machtlos. Sie sind ein Stück stromabwärts getrieben. Am meisten gelitten hat ein Steinkahn der Schiffseigners Hermann Grieser aus Muckrena an der Saale, dem die Spitze eingedrückt ist, so daß er bedeutend leck wurde und abgeleichtert werden mußte, doch glaubt man ihn vor dem Sinken bewahren zu können. Der Kahn Nr. 326 der V. E. E. wurde auf das Ufer gedrückt, wo er in schiefer Lage hängt; da mit einem Fallen des Wassers zu rechnen ist, wird die Ladung gelöscht werden müssen, um das Fahrzeug dann wieder in den Strom gleiten lassen zu können. —

** **Heizmaterial.** Angesichts der herrschenden Brennstoffknappheit wird der von einigen Seiten mit Erfolg unternommene Versuch zur Nachahmung empfohlen, den in den Gaswerken abfallenden Koksgrus zur Streckung der gewöhnlichen Grusbrandkohle (Braunkohle, Preßkohle) zu verwenden. Der Grus ist als mäßiger Zusatz in geregelten Zeitabständen in das Feuer einzustreuen. Den stets in erreichbaren Mengen vorhandenen Koksgrus gibt das hiesige Gaswerk zu 50 Pfennig den Zentner ab. —

** **Städtische Büchereien.** Die aus den städtischen Büchereien entliehenen Bücher sind am 19., 20. und 21. d. M. zwischen 12 und ½2 und ½7 bis 9 Uhr zurückzugeben. —

— **Für den frühen Bureauschluß** ist der Verband der Bureauangestellten (Sitz Berlin O 27) bei der Reichsregierung eingetreten. Durch eine Bundesratsverordnung soll bestimmt werden, daß alle Bureaus, namentlich die der Rechtsanwälte und Notare, eine Stunde vor dem örtlichen Ladenschluß, mindestens um 6 Uhr abends zu schließen sind, ohne daß die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden überschreitet. Der Verband weist auf die schwierigen Verhältnisse hin, die sich immer schärfer herausbilden, wenn den Bureauangestellten, besonders den alleinstehenden Angestellten und den sehr zahlreichen erwerbstätigen Frauen, nicht mehr Zeit und Gelegenheit bleibt, für sich und ihre Familie die notwendigen Einkäufe und Besorgungen zu erledigen; auch auf die damit verbundene Ersparnis an Heizmaterial und Beleuchtungsmitteln wird hingewiesen. –

— **Schutzpockenimpfung für Arbeiter und Arbeiterinnen.** Der stellvertretende Kommandierende General erläßt eine Bekanntmachung, die sämtliche in staatlichen und privaten Kriegslieferungsbetrieben beschäftigten Personen, die in den letzten 4 Jahren nicht mit Erfolg geimpft sind, verpflichtet, sich der Schutzpockenimpfung zu unterziehen. —

— **Apfelkuchen aus reinem Weizenmehl.** Der Bäckermeister August Mahrenholz von hier hatte in einer großen Anzahl von Fällen Brot ohne Marken verkauft und Apfelkuchen aus reinem Weizenmehl hergestellt. Das Schöffengericht verurteilte ihn am 9. November 1916 wegen Vergehens gegen die erlassenen Verordnungen zu insgesamt 800 Mark Geldstrafe. Die Berufung wurde zurückgenommen. —

— **Zum Ankauf des Biederitzer Busches.** Wie bekannt, waren die Verhandlungen wegen Ankaufs des Biederitzer Busches seitens der Stadt Magdeburg kurz vor dem Abschluß als der Krieg ausbrach und dadurch die Verhandlungen einstweilen abgebrochen werden mußten. Da nun inzwischen Klagen laut wurden über starke Abholzungen, die eine Schädigung des wertvollen Holzbestandes darstellten, hatte sich der Magistrat mit der Regierung wegen Einschränkung solcher Ausholzungen in Verbindung gesetzt. Der Forstfiskus hat sich bereit erklärt, den vom Magistrat geäußerten Wünschen nachzukommen. Er verlangt jedoch, daß die Stadt Magdeburg sich bereit erklärt, beim Erwerbe des Biederitzer Busches die dem Forstfiskus entgangene und näher berechnete Geldeinnahme außer dem berechneten Kaufpreis zu ersetzen. Es handelt sich insgesamt um die Summe von 9616 Mark. Der Magistrat schreibt hierzu:

Die Forderung des Forstfiskus erscheint an sich berechtigt. Der Gewinn an Holzmasse wächst uns zu, wenn wir den Biederitzer Busch kaufen sollten, der Forstfiskus hat aber gleichzeitig infolge der eingeschränkten Ausholzungen Schaden. Die Zusatzforderungen sind unerheblich gegenüber dem Gesamtkaufpreis.

Nachdem die Gartendeputation dem Abkommen zugestimmt hat, werden die Stadtverordneten vom Magistrat ersucht, ein Gleiches zu tun.

— **Eine Ausstellung** von Entwürfen und Vorbildern für Kriegerehrung in Kirchen und auf Friedhöfen wird in der Zeit vom 18. bis 28. Februar in den Räumen der Loge Ferdinand zur Glückseligkeit, Neuer Weg 6/7, täglich von 10 bis 5 Uhr stattfinden. —

— **Eine Erhöhung des pfändungsfreien Arbeitseinkommens** verlangt der Verband der Bureauangestellten (Sitz Berlin O 27) mit einer Eingabe an den Reichstag. Nach der Zivilprozeßordnung war die Grenze dieses Einkommens auf 1500 Mark bestimmt. Durch Verordnung des Bundesrats wurde in der Kriegszeit diese Grenze im Hinblick auf die durch den Krieg eingetretene Teurung auf 2000 Mark erhöht. Die immer weiter fortgeschrittene enorme Verteurung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel hat auch die durch die Bundesratsverordnung seinerzeit festgesetzte Schutzgrenze von 2000 Mark hinfällig gemacht. Soll bei dieser Geldentwertung dem Schuldner das ihm in der Zivilprozeßordnung zugedachte Maß sozialen Schutzes auch in der Kriegszeit zuteil werden, so müßte die pfändungsfreie Summe der Gehalte und Löhne auf 3000 Mark erhöht werden. —

— **Einen Kriminalschutzmann beleidigt.** Die verehelichte Hermine Schilling geb. Bierhals von hier erhielt vom Schöffengericht wegen Beleidigung eines Kriminalschutzmanns 4 Monate Gefängnis. —

× **Gestohlen** wurden am 10. d. M. abends in einem Kinematographen-Theater ein schwarzer Persianerkragen mit schwarzseidenem Futter und der Firmenbezeichnung „Wolter, Breiter Weg"; am 12. d. M. abends aus einem Hausflur in der Brandenburger Straße eine Gummidecke, auf der der Name „Hester" eingeprägt ist. —

× **Ermittelter Dieb.** Im Sommer wurde gelegentlich eines Umzugs von der Schiffer- nach der Heinrichsdorfer Straße eine goldene Damenuhr mit Kette gestohlen. Als Dieb ist jetzt ein Möbelträger ermittelt, der bei dem Umzug beschäftigt gewesen ist. Die Uhr, die er an seine auswärts wohnende Schwester gesandt hat, ist wieder herbeigeschafft. Ueber den Verbleib der Kette schweben noch Ermittlungen.

— **In Haft genommen** wurde die mehrfach vorbestrafte Aufwärterin Helene Fahrig von hier, die von der Kriminalpolizei als die Diebin und Betrügerin ermittelt ist, die in letzter Zeit Kindern auf der Straße Taschen mit Lebensmitteln und Brotkarten abgeschwindelt und gestohlen hat. In sechs Fällen ist sie bereits wiedererkannt. Die Kinder dürften aber weiter zu warnen sein, da noch eine zweite Frauensperson hier derartige Betrügereien und Diebstähle ausführt. — Ferner wurde ein Elektromonteur von hier verhaftet, der vor etwa 3 Wochen aus einem verschlossenen Lager im Fürstenufer Schmucksachen unter erschwerenden Umständen gestohlen hat. —

Theater, Konzerte 2c.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Vorläufige Wiedereröffnung des Stadttheaters. Am Sonnabend wird das Stadttheater seine Vorstellungen wieder eröffnen. Es steht aber noch nicht fest, ob es sich um eine dauernde Aufnahme des Betriebs oder nur um die Vorstellungen am Sonnabend und Sonntag handelt. Den Inhabern von Anrechtskarten wird mitgeteilt, daß am Sonnabend die Karten für den 1., am Sonntag die für den 2. Anrechtsabend gelten. Als Vorstellungen sind für diese beiden Tage in Aussicht genommen: Sonnabend Anfang 7 Uhr „Cajus, der Leibfuchs". Sonntag nachmittag 3 Uhr als volkstümliche Vorstellung zu kleinen Preisen „Im weißen Roßl", abends 7 Uhr „Martha". Hinsichtlich der für das Gastspiel von Frau Else Lehmann gelösten Eintrittskarten wird bekanntgegeben, daß dieselben in den Vormittagstunden von 9 bis 1 Uhr an der Theaterkasse von heute Donnerstag an zurückgenommen werden, weil durch die Absage das Gastspiel überhaupt in Frage gestellt ist. Der Billettvorverkauf für Sonnabend und Sonntag beginnt ebenfalls heute Donnerstag. —

Wilhelm-Theater. Im Wilhelm-Theater geht am Sonnabend nachmittag „Ein Walzertraum", abends „Zigeunerliebe" in Szene. Am Sonntag nachmittag „Der tapfere Soldat", abends „Künstlerblut". Ob weitere Vorstellungen folgen können, hängt von den weiteren behördlichen Beschlüssen ab. —

Der „Hias" im Zirkus Blumenfeld. Heute und folgende Tage abends 7½ Uhr wird das feldgraue Spiel wieder gegeben. Am Sonnabend und Sonntag auch nachmittags 3½ Uhr. H179

Zentraltheater. Für Sonnabend und Sonntag hat die Regierung die Abhaltung von Vorstellungen genehmigt. Es gelangt an beiden Tagen (Sonntag 2 Vorstellungen) „Die schöne Cubanerin" zur Aufführung. —

Nationaler Frauendienst. Wegen Kohlenmangels findet der Vortrag „Bargeldloser Verkehr" erst am Dienstag den 27. Februar, abends 8 Uhr, in der Stadtmission statt. — 3708

Aus der Parteibewegung.

Um die Einheit der Partei.

Eine von 90 Vertretern besuchte Landeskonferenz der sächsischen sozialdemokratischen Partei, die am Montag in Dresden tagte, stimmte folgendem Beschluß mit 69 gegen 11 Stimmen zu:

Die in Gemeinschaft mit den sächsischen Landesparteiinstanzen versammelten Vertreter der sächsischen Parteiorganisationen erkennen die Beschlüsse des Parteiausschusses so lange als bindend für sich an, als keine Möglichkeit besteht, durch einen statutengemäß einberufenen Parteitag eine Beschlußfassung über die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei herbeizuführen. In Befolgung des Beschlusses des Parteiausschusses vom 18. Januar 1917 lehnen die Versammelten die Beschlüsse der Reichs-Sonderkonferenz der Opposition vom 7. Januar 1917 auf das entschiedenste ab und wenden sich gegen alle im Sinne dieser Konferenz auf Zerstörung der Parteieinheit gerichteten Bestrebungen. Sie fordern die Wahlkreisorganisationen auf, gegen diejenigen Parteimitglieder, die sich mit den Beschlüssen der Reichskonferenz solidarisch erklären oder im Sinne dieser Beschlüsse handeln, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, indem sie dieselben in folgerichtiger Bewertung ihrer Parteinahme für Sonderorganisationen als freiwillig aus der Partei ausgetreten erklären.

Der Landesvorstand wird beauftragt, soweit durch die Sachlage geboten, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um in allen Parteigebieten Sachsens die im Rahmen der Gesamtpartei verbliebenen Parteigenossen organisatorisch zusammenzufassen, um so die Aktionsfähigkeit der Partei sicherzustellen.

Die Versammelten richten an die Kreisorganisationen die dringende Mahnung, unter Anerkennung der Freiheit der Anschauungen und gegenseitiger Achtung der verschiedenen Auffassungen die Disziplin gegen Mehrheitsbeschlüsse der Gesamtpartei, die uns groß und stark machte, aufrechtzuerhalten und der Partei die unbedingte Treue zu bewahren.

Für den aus dem Landesvorstand ausgeschiedenen Genossen Schulze (Kossebaude) wurde Genosse Gradnauer gewählt. —

Die Elberfelder „Freie Presse" erscheint wieder. Sie veröffentlicht einen Aufruf an die Genossen, demzufolge zwischen der politischen Redaktion (Riebuhr) und der für die Existenz der Zeitung verantwortlichen Geschäftsleitung eine Einigung nicht zu erzielen gewesen sei. Infolgedessen ist Riebuhr aus der Redaktion ausgeschieden, ihn vertritt vorläufig Karl Haberland. Die Organisation werde sich, so wird bekanntgemacht, mit der neuen Lage sofort befassen. — Eine Parteiversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Elberfeld-Barmen hat sich am vergangenen Sonntag mit großer Mehrheit auf den Boden der Opposition gestellt und die Aenderung in der Redaktion der „Freien Presse" auf das schärfste verurteilt.

Verhängnisvolle Flugblattverbreitung. Die „Schwäbische Tagwacht" in Stuttgart berichtet: Das anonym herausgegebene und in engen Kreisen der Arbeiterschaft verbreitete Flugblättchen „Zweieinhalb Jahre Zuchthaus", das sich mit der Verurteilung Liebknechts befaßt, ist einer Anzahl unvorsichtiger Personen zum Verhängnis geworden. Der Stuttgarter Gemeinderat Schwab ist, wie wir mitteilten, wegen Verbreitung dieses Flugblattes vom Reichsgericht zu 2 Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren verurteilt worden. In den letzten Tagen hatten sich nun vier Personen aus Elberfeld wegen Verbreitung desselben Flugblattes vor dem Reichsgericht zu verantworten, denen ebenso wie dem verurteilten Schwab versuchter Landesverrat zur Last gelegt wurde. Es waren dies: Redakteur Oskar Hoffmann, Buchdrucker Koch, Metallarbeiter Möller und Drogist Dattan. Sie befanden sich seit sieben Monaten in Untersuchungshaft. Die Verhandlung vor dem Reichsgericht war nichtöffentlich. Es waren etwa 20 Zeugen geladen. Die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Hoase (Berlin) und Landé (Elberfeld). Der Reichsanwalt beantragte gegen Dattan 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, gegen Koch und Möller je 1 Jahr und 4 Monate Zuchthaus, gegen Hoffmann 1 Jahr Zuchthaus, gegen alle Angeklagten außerdem je 4 Jahre Ehrverlust. Das Reichsgericht verurteilte Dattan, Koch und Möller zu je 9 Monaten Gefängnis, auf die 3 Monate Untersuchungshaft angerechnet wurden, und Hoffmann zu 3 Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt gelten. Verhaftet ist außer den vom Reichsgericht Abgeurteilten wegen derselben Sache auch der Kaufmann Löwenstein, der sich zur Zeit der Tat auf Urlaub befand und als Soldat vom Kriegsgericht abgeurteilt wird. —

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg (GEG) hat eine Serie von fünf Aufsätzen herausgebracht, die einige ihrer Fabrikbetriebe darstellen: die Seifenfabriken in Gröbe-Riesa und Düsseldorf, die Teigwarenfabrik in Gröbe-Riesa und die Zigarrenfabriken in Frankenberg und Hadersleben. Die amtlichen Bauten dienen, gleich den übrigen Fabriken der GEG, Zwecken der Eigenproduktion. Errichtet aus Mitteln der Konsumvereinsmitglieder, bieten sie Raum für 3000 Arbeiter und haben im vergangenen Jahre für 25 Millionen Mark Waren geliefert, während die Gesamtproduktion der Eigenbetriebe der GEG für 1916 auf mehr als 30 Millionen Mark beläuft. Das ist zwar nur erst ein ganz kleiner Teil der in Deutschland angefertigten Waren, aber doch immerhin schon eine beachtliche Menge und vielmal mehr als im Jahre 1910. Die konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion zeigt also ein Wachstum, das zu weitgehenden Zukunftshoffnungen berechtigt. Sie zeigt, was geleistet werden kann, wenn nicht noch so schwierige Hindernisse organisch zusammenwirken. Durch den Krieg in ihrer natürlichen Entwicklung beeinträchtigt, wird sie in ruhigen Zeiten von neuem einen starken Aufschwung nehmen. —

Kleine Chronik.

Schweres Grubenunglück.

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich in Stassfurt bei Halberstadt, Kreis Calbe, am Dienstag nachmittag auf der Gewerkschaft „Einigkeit 1". In dem Kalischacht hatten sich Sprengstoffe entzündet, die ohne zu explodieren langsam verbrannten. Durch die sich dabei entwickelnden Gasschwaden sind 31 Mann ums Leben gekommen. Einige weitere Leute waren zunächst bewußtlos, erholten sich aber bald wieder und befinden sich jetzt außer Lebensgefahr. Zur Zeit des Unglücks befanden sich 130 Mann im Schachte. Die Anlagen des Kaliwerkes sind sämtlich in Ordnung geblieben und der Betrieb kann voll aufrecht erhalten werden. —

Eingesandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Volksversicherung.

Die Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, ist gegründet worden, um die Schäden, die der bisher nur von kapitalistischer Seite betriebenen Volksversicherung anhafteten, zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung zu beseitigen. Sie hat es sich aber auch zur Aufgabe gemacht, die Geheimniskrämerei über die technischen Fragen verschwinden zu lassen, da diese dazu beigetragen hat, auf der einen Seite unerfüllbare Vorstellungen über die Leistungsfähigkeit der Versicherungsgesellschaften zu verbreiten, auf der andern Seite aber ein nur langsam schwindendes Mißtrauen zu erzeugen. Die Volksfürsorge vermeidet jede sogenannte Gewaltakquisition. Kein Versicherungsnehmer darf durch Vertrauenspersonen der Volksfürsorge überredet werden, sich über Gebühr hoch zu versichern. Auf jeden Fall ist es zu unterlassen, Versicherte andrer Gesellschaften zur Aufgabe ihrer Versicherung zu veranlassen und zu überreden. Wir wissen, daß die vorzeitige Auflösung des Versicherungsverhältnisses dem Versicherten größere oder kleinere Nachteile bringt.

Diese Grundsätze werden, wie wir schon des öftern beobachten konnten, von einzelnen Angestellten unsrer Konkurrenz nicht beachtet. Man glaubt, daß gegen die Volksfürsorge alles erlaubt ist und alle Mittel recht sind. So arbeiten jetzt wieder in Magdeburg Agenten, die sich nicht scheuen, den bei der Volksfürsorge Versicherten zu erzählen, die Volksfürsorge könne ihre Verpflichtungen den Versicherten gegenüber nicht erfüllen. Die Absicht dieser mit Aufdringlichkeit vorgetragenen Mitteilung ist durchsichtig genug. Wir wollen demgegenüber erklären: Die Volksfürsorge ist als gemeinnützige Gesellschaft von behördlicher Seite anerkannt. Ihr oberster Grundsatz ist: alles für die Versicherten, nichts für kapitalistische Nutznießer. So haben die Aktionäre der Volksfürsorge seit Gründung der Gesellschaft auf jede Verzinsung des Aktienkapitals zugunsten der Versicherten oder der Hinterbliebenen der im Felde Gefallenen verzichtet. Das Aktienkapital in der Höhe von 1 000 000 Mark darf nur mit 4 Prozent verzinst werden. Wo sind ähnliche Leistungen der Privatgesellschaften? Sie betreiben die Versicherung des Gewinns wegen.

Wer in der werktätigen Bevölkerung die Absicht hat, eine Versicherung abzuschließen, der wende sich vertrauensvoll an die Volksfürsorge. Nicht gewinnen wollen wir an der Versicherung, sondern wir wollen dem Volke und seiner Aufwärtsentwicklung im höchsten Maße dienen.

Otto Baer.

Vereine und Versammlungen.

Buchdrucker.

In der am 10. Februar im „Diamantbräu" abgehaltenen Versammlung kamen die neuen tariflichen Ausnahmebestimmungen zur Sprache, die die Einstellung weiblicher Hilfskräfte während der Dauer des Krieges gestatten. Sei auch Personalmangel namentlich bei den Spezialkräften zu verzeichnen, so solle doch darauf Bedacht genommen werden, daß die Ausnahmebestimmungen nur in den äußersten Notfällen zur Anwendung kommen. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß bei der zum Osstertermin zu verzeichnenden Einstellung von Lehrlingen auf die Tarifzahl der Lehrlinge genau Obacht gegeben wird, wenn auch nicht anzunehmen ist, daß jetzt allzuviel Eltern ihre Söhne unserm Beruf zuführen werden. Bei dem Kostgeld, das die Lehrlinge trotz der so teuern Zeit immer noch erhalten, kann von „Kriegspreisen" allerdings nicht die Rede sein. Eine weitere Besprechung erforderte der Kassenbericht für das Jahr 1916. Soweit die Verbandskasse in Frage kommt, konnten 10 357,16 Mark als an den Gauvorstand abgesandt gebucht werden. Die Gaukasse schloß mit einem Defizit von 2357,16 Mark und die Ortskasse mit einem Ueberschuß von 510,69 Mark ab. Orts- und Gaukasse leisteten in den einzelnen Unterstützungsarten folgendes: Für Arbeitslose 313,50 Mark, Durchreisende 24,60 Mark, Kranke 6459,80 Mark, Invalide 1573 Mark, an Umzugsbeihilfe 290 Mark, Sterbegeld 1750 Mark. Die Ortskasse zahlte 6173 Mark für die Unterbringung der Kriegerfrauen, der Witwen und Invaliden zu Weihnachten usw. aus. Bis zum Schlusse des Geschäftsjahres wurden am Ort für die Kriegerfrauen insgesamt 15 917 Mark verausgabt, während vom Kriegsbeginn bis zum gleichen Zeitpunkt in allen Unterstützungszweigen 55 276,30 Mark zur Ausgabe gelangten. Eingezogen sind zum Militär einschließlich der Zurückgekehrten 681 Mitglieder, davon 322 verheiratet. Das Jahr schloß mit 309 Mitgliedern ab. Der Jahresdurchschnitt der Mitglieder betrug 339, von diesen zahlten 325 Beiträge, 15 waren krank und 1 Mitglied arbeitslos. Mit Freuden wurde die zum Schlusse gemachte Mitteilung begrüßt, daß die Zahlung des erhöhten Kartellbeitrags von allen Gewerkschaften geleistet wird. —

Vereins-Kalender.

Turnverein Fichte, Abteilung Neue Neustadt. Montag den 19. Februar sowie jeden Montag Turnen im „Weißen Hirsch", kleiner Saal. 527

Wetervorhersage.

Donnerstag, 15. Februar: Zunehmende Bewölkung, vorwiegend trocken, milder. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

					Fall	Wucht
Elbe.						
Pardubitz	12. Febr.	+ 0,15	13. Febr.	+ 0,13	0,02	—
Brandeis	„	—	„	—	—	—
Melnik	„	+ 0,16	„	+ 0,18	—	0,02
Leitmeritz	13. „	+ 1,80	14. „	+ 1,80	—	—
Aussig	„	—	„	—	—	—
Dresden	„	— 1,47	„	— 1,52	0,05	—
Torgau	„	+ 0,42	„	+ 0,52	—	0,10
Wittenberg	„	+ 1,64	„	+ 1,60	0,04	—
Roßlau	„	+ 0,61	„	+ 0,49	0,12	—
Aken	12. „	+ 1,12	13. „	+ 1,15	—	0,03
Barby	13. „	+ 1,22	14. „	+ 1,14	0,08	—
Magdeburg	„	+ 0,99	„	+ 0,96	0,03	—
Tangermünde	„	+ 3,66	„	+ 3,77	—	0,11
Wittenberge	„	+ 3,33	„	+ 3,49	—	0,11
Lenzen	12. „	+ 3,26	13. „	—	—	—
Dömitz	„	+ 2,20	„	+ 2,32	—	0,12
Darchau	„	—	„	—	—	—
Boizenburg	„	+ 2,24	„	+ 2,26	—	0,02
Hohnstorf	13. „	+ 2,49	14. „	+ 2,51	—	0,02

In Torgau, Wittenberg, Roßlau, Aken eisfrei, Barby Treibeis schwach, Magdeburg, Tangermünde eisfrei, Wittenberge, Lenzen, Dömitz, Darchau, Boizenburg, Hohnstorf Eisstand.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 13. Februar. Todesfälle: Rechnungsrat Artur v. Morgenstern, 77 J. 9 M. 3 T. Witwe Auguste Moltrecht geb. Badekoth, 72 J. 3 T. Tischler-Invalide Wilhelm Thiel, 62 J. 2 T. Arbeiterin Luise Speiser, ledig, 62 J. 11 M. 1 T. Bureaugehilfe Hermann Bartels, 50 J. 6 T. Auguste geb. Greicke, Ehefrau des Arbeiters Friedrich Linke, 49 J. 7 M. 9 T. Frieda, T. des Magistratssekretärs Richard Rößler, 6 J. 9 M. 5 T.

Sudenburg, 13. Februar. Todesfälle: Witwe Marie Schneevoigt geb. Simon, 69 J. 7 M. 10 T. Ella, T. des Putzers (Soldat) Wilhelm Düe, 10 J. 3 M. 17 T. Lucie, Tochter des Tapeziers (Soldat) Paul Pabst, 4 J. 3 M. 12 T. Karl, S. des Arbeiters (Soldat) Franz Strahlow, 7 J. 10 M. 30 T. Bäckerlehrling Erich Müller, 15 J. 3 M. 10 T. Almosenempfänger Andreas Heiß, 50 J. 11 M. 17 T. Pensionierter Steueraufseher Wilhelm Eckardt, 81 J. 3 M. 22 T. Emma geb. Palm, Ehefrau des Klempner-Invaliden August Hesse, 59 J. 11 M. 1 T. Witwe Handelsfrau Henriette Spindler geb. Knoke, 77 J. 11 M. 1 T.

Buckau, 13. Februar. Todesfälle: Elisabeth geb. Reinhardt, Ehefrau des Arbeiters Albert Stachetzki, 28 J. 11 M. 22 T. Emma geb. Birnstiel, Ehefrau des Eisendrehers Karl Schotte, 34 J. 1 M. 11 T. Karl, S. des Weichenstellers Karl Stockmann, 2 M. 17 T.

Gewinnauszug der 9. Preußisch-Süddeutschen (235. Königlich Preußischen) Klassenlotterie

2. Klasse 1. Ziehungstag 13. Februar 1917

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr A. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten)

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 96 Mk gezogen: 4 Gewinne zu 5000 Mk. 101914 155783

4 Gewinne zu 1000 Mk. 52407 170654

4 Gewinne zu 500 Mk. 95976 151358

8 Gewinne zu 400 Mk. 94186 95925 174543 195455

30 Gewinne zu 300 Mk. 13284 17752 46491 48673 97220 103982 117912 134637 138298 140019 143226 147350 147935 164249 166905

82 Gewinne zu 200 Mk. 4680 6503 8342 9980 10194 17756 18812 24107 28096 31117 49746 72552 72643 76996 82677 93942 97282 103641 103839 106492 108252 108635 109865 110504 111110 119021 138864 149611 149710 160885 169637 185707 187926 200340 203280 206829 211470 212493 213437 213532 218022

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 96 Mk gezogen: 2 Gewinne zu 40 000 Mk. 183207

2 Gewinne zu 3000 Mk. 147055

2 Gewinne zu 500 Mk. 18408

22 Gewinne zu 400 Mk. 6122 42734 50721 103006 143104 160648 162870 163813 172925 174261 186441

18 Gewinne zu 300 Mk. 52171 56632 68621 83986 84728 89928 182531 201948 207131

82 Gewinne zu 200 Mk. 10569 13090 15321 28641 29704 32899 42714 46163 57325 60513 65972 66279 85962 94271 98630 98739 111814 116284 126346 128881 129828 133177 135818 151795 153224 157177 167872 179086 181834 183456 191403 196929 200523 201792 202526 205159 207288 207751 213109 214491 218518

(Schluß des redaktionellen Teils.)

In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der chemischen Fabriken von E. Matthes & Weber, A.-G., Duisburg, deren sämtliche Aktien durch Kauf in den Besitz der Firma Henkel & Cie., Düsseldorf übergegangen sind, legte der bisherige Aufsichtsrat sein Amt nieder. Dafür wurden gewählt:

Herr Kommerzienrat Fritz Henkel als Vorsitzender,
Herr Kaufmann Fritz Henkel als stellvertretender Vorsitzender,
Herr Dr. chem. Hugo Henkel.

Der bisherige Vorstand wird die Geschäfte in unveränderter Weise fortführen.

Diese alte, bestangesehene Firma der chemischen Industrie befaßt sich hauptsächlich mit der Herstellung von Schwefelsäure, Salzsäure, Sulfat, calc. Soda, calc. Soda usw. 571

Die schon lange bemerkten Bestrebungen der Firma Henkel & Cie., Düsseldorf, sehr bekannt auf dem Gebiet der Wasch- und Reinigungsmittel-Industrie — siehe Persil, Lixin, Henkels Bleichsoda und Krisit sowie Wasserglas und Glyzerin —, sich vom Rohproduktenmarkt noch unabhängiger als bisher zu machen, haben hiermit einen gewissen Abschluß gefunden.

Zahn-Atelier
Alex Friedländer
3595 Breiteweg 193
gegenüber d. Zentralhallen
Sprechstunden 9-12 und 2-7 Uhr

Kruse
Magdeburg-Neustadt,
Lübecker Straße 103
Getragene
Röcke u. Stiefel bill. zu verkaufen
Tischlerkrugstr. 3, im Laden.

Nr. 18 der
Kriegsfronten-Karte
von allen Kriegsplätzen
Preis 50 Pfennig
ist soeben erschienen. Bestellungen bitte recht bald zu machen an die
Buchhandlung Volksstimme.

Bekanntmachung.

Gemäß Artikel 68 der Reichsverfassung, § 4, 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand und dem Gesetz vom 11. 12. 1915 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit angeordnet:

1. Sämtliche in gewerblichen und privaten Kriegsfürsorgebetrieben beschäftigten Personen, die in den letzten vier Jahren nicht mit Erfolg gemustert sind, haben sich der Schutzpockenimpfung zu unterziehen.

2. Beim Auftreten von Pockenerkrankungen haben ferner auch alle andern Personen, sofern ein beamteter Arzt die Schutzpockenimpfung für nötig erachtet, sich dieser zu unterziehen.

Angeordnet werden die Polizeibehörden des Kampfgebiets ermächtigt, mit Zustimmung des beamteten Arztes im öffentlichen Interesse die Vornahme der Schutzpockenimpfung zwangsweise durchführen zu lassen.

3. Wer sich weigert, der angeordneten Schutzpockenimpfung sich zu unterziehen, wer zu einer solchen Weigerung auffordert oder anreizt, auch, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Geldstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis auf 1500 Mark erkannt werden.

Die Anordnungen sind bei Vermeidung der oben angedrohten Strafe verpflichtet, auf Anordnung der Polizeibehörden zu befolgen, und die Insassen an den Arbeitsstätten entsprechend anzuweisen.

Magdeburg, den 6. Februar 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie.

Konfirmanden-Anzüge 3591
kaufen Sie jetzt noch solange Vorrat ganz besonders preiswert
Gust. Rappenus
Staßfurt, Landhaus

Kur- u. Badeanstalt
M.-Buckau, Coquistraße 19.
Wegen Kohlenmangels nur nachmittags von 2 bis 7 Uhr geöffnet.

Verloren 487
1 schwarzer Perlenmantel
mit dem Hause Ulrichstraße 11 oder im Hause. Gegen Belohnung abzugeben im Porzellangeschäft Alte Ulrichstraße 11.

Gestr. Schaftstiefel und Schuhwaren, große Auswahl, billig zu verk. 416 Tischlerkrugstr. 21, i. Lad.

Kümmelgewürz
für Kohlrüben, Wurst usw.
Herm. Musche, Wilhelmstraße 1

Nach 3 Monaten erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager, Onkel, Neffe und Cousin
Walter Feld
Musketier im Infanterie-Regiment Nr. 27, 1. Kompanie, im Alter von 24 Jahren infolge Verschüttung durch eine feindliche Granate ein Opfer des Weltkriegs geworden ist.
469 Die trauernden Hinterbliebenen
Friedrich Feld und Frau
Minna geb. Heyse
und alle Angehörigen.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumbohm, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanschlüsse: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2.25 Mk., monatl. 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die 7gespaltene Kolonelzeile 20 Pf., Inserate von auswärts 30 Pf., im Reklameteil Zeile 1 Mk. Postscheckkonto: Nr. 5258 Berlin. — Etwaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 38. **Magdeburg, Donnerstag den 15. Februar 1917.** **28. Jahrgang.**

Neue Aufgaben.

Der Weltkrieg erweist sich auf wirtschaftlichem Gebiet nicht nur als gewaltiger Kapitalzerstörer, sondern auch als großer Organisator und Revolutionär. Hat er einerseits manche Entwicklungsansätze jäh unterbrochen, so hat er anderseits neuen Wirtschaftsgestaltungen zum Durchbruch verholfen, die unter normalen Friedensbedingungen wahrscheinlich noch Jahrzehnte zur Reifung gebraucht hätten. Vor allem gilt das von Deutschland. Die Beschaffung von Kriegsmaterialien ist mit dem Fortschritt des Krieges immer mehr zu einem alles überragenden Hauptziel unsers ganzen industriellen Lebens geworden. Wir arbeiten in der Hauptsache nur noch für den Krieg. Und zugleich legte unsre zunehmende Abschließung vom großen Weltmarkt nicht nur den wichtigen Außenhandel und die Seeschiffahrt lahm, sie zwang auch, indem sie uns nötigte, uns auf das im eignen Land Erzeugte einzurichten, dem innern Handel mannigfache Beschränkungen auf und trieb ihn in andre Bahnen. Dazu kam die Herausziehung wertvoller Arbeitskräfte aller Art aus den industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben und ihre Ersetzung durch minder geübte und leistungsfähige Kräfte.

Fortschreitend vollzog sich eine allgemeine

Umschaltung des ganzen Wirtschaftsgetriebes.

Mußten bestimmte Arbeitszweige ihre Erzeugung mehr und mehr einschränken und schließlich oft aus Mangel an Rohstoffen und Arbeitern ganz einstellen, so wuchsen andre, die hauptsächlich für den Krieg produzierten, mächtig in die Breite. Aber auch in diesen letztern Industriezweigen handelte es sich meist nicht um eine bloße Ausdehnung der bisherigen Fabrikation, sondern zugleich um eine Aenderung der Betriebsweise — um die Aufnahme neuer Artikel in die Reihe der bisher produzierten und um den Uebergang zu neuen Fabrikationsmethoden. Diese Umschaltung aber nötigte wieder zur Aenderung der Produktionstechnik, zumal es bald an manchen bisher aus dem Ausland bezogenen Rohstoffen zu mangeln begann und für diese Ersatzmittel beschafft und verarbeitet werden mußten. Die Folge war, daß die deutsche Industrie in einen Zwangskursus technischer Umgestaltungen hineingepreßt wurde, der bereits eine ganze Reihe verschiedenartiger technischer Erfindungen und Fabrikationsverbesserungen zur Folge gehabt hat.

Mit dieser Umwälzung der Fabrikationsweise hat, so schreibt der bekannte marxistische Schriftsteller Heinrich Cunow in einer Korrespondenz, zugleich die Neigung zur

Betriebs- und Kapitalkonzentration,

zur Verschmelzung und Vertrustung der Betriebe an Ausdehnung gewonnen. Wir sind in eine Aera der Fusionen hineingeraten, die, wenn der Krieg nicht ganz ungünstig für Deutschland endet, sich wahrscheinlich in den kommenden Zeiten der Rückkehr zur Friedenswirtschaft noch beträchtlich erweitern wird. Zuerst führte die in manchen Industriezweigen durch den Krieg hervorgerufene Massenfabrikation zur Vergrößerung der Betriebsanlagen, darauf erfolgten Aktienkapitalserhöhungen, und jetzt werden von den großen leistungsfähigen Werken die hohen Kriegsgewinne dazu benutzt, kleinere, zurückgebliebene Betriebe aufzukaufen oder sich Hilfs- und Ergänzungsbetriebe auf dem Wege der Verschmelzung anzugliedern.

Auch im Bankbetrieb hat dieser Prozeß bereits eingesetzt — erinnert sei nur an die dieser Tage erfolgte Uebernahme des Schlesischen Bankvereins und der Norddeutschen Kreditanstalt durch die Deutsche Bank unter Vermehrung ihres Aktienkapitals auf 275 Millionen Mark —, obgleich für die Bankfinanz erst dann ihre Erntezeit kommt, wenn nach dem Kriege die Wiederumschaltung beginnt, Schiffahrt und Außenhandel ihr verlornes Terrain wiederzugewinnen suchen und das Reich wie die einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden an die Bankfinanz mit großen Anleiheversuchen herantreten werden.

Mit dieser noch im Flusse befindlichen Umwälzung des Wirtschaftsgetriebes vollzieht sich gleichzeitig eine Verschiebung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse und damit der Lage der verschiedenen Bevölkerungsschichten, die nicht ohne nachhaltige Einwirkung auf das politische Leben bleiben kann. Aus den durch den Krieg mehr oder minder benachteiligten Erwerbszweigen findet eine

starke Abwanderung des Kapitals

in die kriegsindustriellen Zweige statt, und da diese Betriebe meist in bestimmten Gegenden ihren Sitz haben, so erlangen jene Gegenden gegenüber andern kleingewerblichen und landwirtschaftlichen ein noch größeres kapitalistisches Uebergewicht, als sie schon bisher hatten. So fällt zum Beispiel ein sehr großer Teil der Heereslieferungen naturgemäß der Schwerindustrie und der Munitionsindustrie und damit solchen Landesteilen zu, in denen diese Industrien besonders stark vertreten sind, da sie hier ihre natürlichen Vorbedingungen finden. Die starke Differenzierung die bisher schon zwischen den einzelnen Bundesstaaten und innerhalb dieser wieder zwischen den agrarischen und industriellen Gegenden bestand, wird dadurch noch erweitert, der bestehende wirtschaftliche Interessengegensatz verschärft.

Aber wichtiger noch sind die Verschiebungen, die der Krieg in der Klassenlage der einzelnen Bevölkerungsschichten hervorgebracht hat. Schon heute sehen wir, wie in Deutschland beträchtliche Teile des alten gemächlichen Mittelstandes, denen der Krieg ihre einstige wirtschaftliche Grundlage entzogen hat, immer tiefer ins Proletariat hinabgleiten, während anderseits aus dem

Kriegslieferanten- und Kriegsspekulantentum

eine neue Bourgeoisschicht herausgewachsen ist — eine neue Emporkömmlingsschicht mit allen Eigenschaften protzenhafter Selbstüberhebung. Ferner hat die enorme Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte die Lage des ländlichen Großgrundbesitzes gehoben und manchen Junker, der sich in beträchtliche Standesschulden hineingewirtschaftet hatte, wieder flott gemacht. Und nicht nur die Vermögenslage dieser Schicht, auch die der Groß- und Mittelbauern, besonders jener in der Nähe großer Städte, hat sich wesentlich verbessert — womit sich zugleich in manchen Gegenden ihr Gegensatz zum kleinen Parzellenbauer, der nichts zu verkaufen hat, noch mehr verschärft hat.

Eine ähnliche Differenzierung vollzog sich in den sogenannten freien und gelehrten Berufen. Gar mancher Künstler, Schriftsteller, Privatgelehrter usw. hat sich genötigt gesehen, eine bescheidene kleine Anstellung anzunehmen, deren Ertrag kaum zur Lebensfristung ausreicht. Und in eine nicht minder schlechte Lebenslage ist ein Teil der kleinern Beamten und Angestellten geraten. Der Krieg hat ihnen längere Arbeitszeit und größere Anstrengungen gebracht, die kleine Teurungszulage aber, soweit ihnen solche überhaupt bewilligt worden ist, deckt auch nicht annähernd den Unterschied zwischen den einstigen und heutigen Preisen der notwendigsten Lebensmittel. Und

wie steht's mit der Arbeiterschaft?

Einzelne Arbeitergruppen, die in kriegsindustriellen Betrieben gutlohnende Beschäftigung gefunden haben, haben vielleicht gegen früher ihre Lebenslage zu verbessern vermocht, viele aber schlagen sich mühsam durch die jetzige traurige Zeit, und andre, die, aus ihrer frühern Stellung herausgerissen, im Felde stehen, wissen nicht, ob sie jemals wieder auf eine Unterkunft in ihrem Beruf werden rechnen können.

Noch immer hat ein Krieg einzelne Erwerbskreise reicher, andre ärmer gemacht — aber der jetzige weist eine ganz besonders starke Verschiebung der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse auf —, und diese Veränderung kann nicht ohne Einfluß auf das politische Leben nach dem Kriege bleiben. Die Sozialdemokratie wird nach Friedensschluß große Bevölkerungskreise vorfinden, die während des Krieges durch ihre bittern Erfahrungen eine wesentlich andre Stellung zur sozialdemokratischen Partei gewonnen haben, als sie vor dem Kriege hatten: einstige Angehörige des Mittelstandes, die durch den Krieg ihre wirtschaftliche Existenz verloren haben, Beamte und Angestellte, zum Teil auch Gelehrte, die von ihrer Vorliebe für das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte geheilt und, erbittert über die herrschende egoistische Erwerbssucht, den Wert einer Sozialisierung des Wirtschaftslebens eingesehen haben. Diese Elemente gilt es für die Partei zu gewinnen.

Der ländliche Großgrundbesitz wie die Großindustrie und die Finanz sind durch die wirtschaftliche Entwicklung während der Kriegszeit nicht geschwächt, sondern gestärkt worden. Sie werden in der kommenden Zeit der Neuorganisation mit aller Kraft ihren Einfluß auf die Staatsgewalt geltend zu machen suchen. Um so mehr muß es die sozialdemokratische Partei als ihre Aufgabe betrachten, die ihr durch den Krieg zugeführten Bevölkerungskreise für ihre Bestrebungen zu gewinnen und ihren Kadres einzugliedern. —

Der Grenadier von Königgrätz.

In einer Diskussion zwischen dem „Vorwärts" und der „Kreuzzeitung" ist ein Toter vom Schlafe auferstanden, der fortan seinen Platz im öffentlichen Leben kräftig behaupten wird.

Daß der „Vorwärts" auf die krasse Ungerechtigkeit des preußischen Dreiklassenwahlrechts hingewiesen hatte, das den Kriegsteilnehmer entrechte und den Kriegswucherer bevorrechte, das hatte die „Kreuzzeitung" dem „Vorwärts" als „plumpe Demagogie" angerechnet. Der „Vorwärts" revanchierte sich dafür, indem er aus den preußischen Wahlrechtsdebatten des Jahres 1866 folgenden Ausspruch des ehemaligen Chefredakteurs der „Kreuzzeitung" Hermann Wagener ausgrub:

> Ich meine, ich will lieber einem Grenadier, der jetzt mit dem Militärehrenkreuz von der Schlacht von Königgrätz zurückkommt, das allgemeine, direkte Wahlrecht einräumen, als von irgendeinem beliebigen Krämer in der Rosengasse zwei Wahlmänner ernennen lassen.

Der „Vorwärts" forderte die „Kreuzzeitung" auf, den Ausspruch ihres ehemaligen Leiters nachzudrucken. Dieser Aufforderung ist aber die „Kreuzzeitung", wie zu erwarten war, nicht nachgekommen, sondern sie redet sich kläglich um die Sache herum, indem sie erklärt, dem Grenadier von Königgrätz sei ja das allgemeine Wahlrecht im Reiche geworden, in Preußen sei das aber etwas ganz andres, und heute würde Wagener, wenn er noch lebte, nicht mehr für die Uebertragung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auf Preußen eintreten.

Was Hermann Wagener, wenn er noch lebte, heute tun würde, das wissen wir nicht. — Wir wissen nur, wie seine Nachfolger denken. Aber was sagt wohl der „Grenadier von Königgrätz" und was sagen seine Nachfolger dazu, daß es in Preußen-Deutschland eine Partei gibt, die zu ihrem eignen Vorteil die Schmach des Dreiklassenwahlrechts bis

über den Weltkrieg hinaus retten

möchte? Ueber die Herrlichkeit dieses konservativen Liebklings sind schon Bände geschrieben worden. Aber ein neues Beispiel, das die bevorstehende Landtagsersatzwahl im 11. Berliner Wahlkreis liefert, wirkt in diesen Tagen der Schützengrabengemeinschaft besonders frappant. Da gibt es z. B. einen Bezirk in der Berliner Triftstraße, wo man 21 479 Mark Steuern zahlen muß, um in der ersten Klasse wählen zu können, während in den Nachbarhäusern schon ein Betrag von 156 Mark genügt, um dem Wähler das gleiche Privileg zu sichern. In einem Teil der Schererstraße kostet das Wahlrecht erster Güte 16 528 Mark Steuern, in einem andern Teil derselben Straße 114 Mark. In der Brüsseler Straße gehört ein Teil der Wähler mit 114 Mark Steuern bis einschließlich zum Buchstaben K zur zweiten Klasse, der andre Teil zur dritten Klasse. Man kann also unter dem idealen preußischen System ein besseres Wahlrecht haben, wenn man Kohn und nicht Lehmann heißt.

Aber diese Lächerlichkeiten sind nicht das Aufreizendste an dem Berliner Fall. Hier wird sich unsres Wissens zum erstenmal der Skandal ereignen, das

invalid heimgekehrte Kriegsteilnehmer

wegen ihrer geringen Steuerleistung in eine niedrigere Wählerklasse verwiesen werden, während Leute, die mit mehr oder weniger zulässigen Mitteln ihr Glück im Kriege gemacht haben, in die erste Wählerklasse aufsteigen. Wer im Kriege einen Arm oder ein Bein verloren hat, wird als preußischer Bürger dafür noch degradiert. Wer während des Krieges mit Speck, Schmalz, Leder, Decken, Zeltbahnen und so weiter seine Millionen gemacht hat, der wird dafür als preußischer Bürger befördert!

Soll und kann der Fall, der sich jetzt in Berlin ereignet, nach dem Kriege zur allgemeinen Erscheinung werden, sollen die Nachfahren des „Grenadiers von Königgrätz" in ihrem preußischen Vaterland entrechtet sein, während die Nachfahren der blutigen Gründer aus den 70er Jahren politische Vorrechte genießen? Die „Kreuzzeitung" hält freilich den Vergleich zwischen damals und jetzt für untunlich. Und in gewissem Sinn ist er es ja auch, denn wie sind alle Dimensionen seitdem gewachsen: Wie klein nimmt sich der Grenadier von Königgrätz, der mit seinem Militärehrenkreuz aus einem sechswöchigen Feldzug heimkehrte, aus neben den Kämpfern von der Somme und aus den Karpathen, von der Maas und vom Sereth! Und was waren die Gründer und Kriegsgewinner der 60er und 70er Jahre für Waisenknaben im Vergleich zu den frischgebackenen Weltkriegsmillionären der Gegenwart!

Darum wird der Kampf zwischen Recht und Besitz nach diesem Krieg auch noch

in ganz andern Ausmaßen geführt

werden. Millionen werden es sein, die diesmal heimkehren werden. Und diese Millionen sind durch eine 50jährige Arbeit der Sozialdemokratie ganz anders politisch wachgerüttelt als ihre Väter, da sie damals aus den Feldzügen von 1866 und 1870/71 heimkehrten. Diesem Massendruck werden die Verteidiger eines unhaltbar gewordenen Systems desto weniger widerstehen können, je früher er organisiert wird. Der Grenadier von Königgrätz ging in seinen Kriegerverein und erzählte Kriegsgeschichten. Der Weltkrieger von 1914 bis 1917 wird andre Formen der Organisation finden, sei es, daß er sich in neuen, auf ganz andrer Grundlage erbauten Verbänden zusammenfindet, sei es, daß er sich der sozialdemokratischen Organisation anschließt, die nach dem Kriege die Vertretung der Rechte der Kriegsteilnehmer als ihre vornehmste Pflicht betrachten wird. Der Grenadier von Königgrätz soll aber unvergessen bleiben. Seine Gestalt soll im Land umher gehen und die Gewissen wecken, bis die „Krämer aus der Rosengasse" auf ihr schmähliches Vorrecht verzichten. —

Was der Krieg bringt.

Keine Verhandlungen.

In der neutralen Presse wird eine Reuter-Meldung verbreitet, wonach Deutschland die Schweiz ersucht haben soll, der amerikanischen Regierung mitzuteilen, wir seien nach wie vor bereit, mit den Vereinigten Staaten über die mit dem U-Boot-Krieg zusammenhängende Sperrgebiet-Erklärung zu unterhandeln, sofern die Handelssperre gegen England dadurch nicht berührt werde. Die Regierung der Vereinigten Staaten habe dem schweizerischen Gesandten Ritter daraufhin mitteilen lassen, daß sie nicht in Unterhandlungen eintreten könne, ehe Deutschland seine nach der „Sussex"-Angelegenheit gegebenen Versprechen wieder in Kraft gesetzt und seine Ankündigung über die Verschärfung des Tauchbootkriegs zurückgezogen habe.

Diese Reuter-Meldung wird durch ein offiziöses deutsches Dementi bestritten. Danach habe die Schweiz ein Telegramm des schweizerischen Gesandten in Washington nach Berlin übermittelt, in dem der Gesandte sich erbot, falls Deutschland einverstanden sei, Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung über die Sperrgebieterklärung zu vermitteln, weil dadurch die Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und Amerika vermindert werden könne. Die schweizerische Regierung sei daraufhin gebeten worden, ihren Gesandten in Washington dahin zu verständigen, daß Deutschland nach wie vor zu Verhandlungen mit Amerika bereit sei, falls die Handelssperre gegen unsre Feinde, also nicht nur gegen England, dadurch unberührt bliebe.

Auf dieser Basis sind Verhandlungen nicht zustande gekommen, die sich, nach der deutschen Darstellung, auch nur auf gewisse Zugeständnisse auf dem Gebiet des amerikanischen Personenverkehrs hätten erstrecken können.

Nach einer über Genf kommenden Washingtoner Depesche soll es Tatsache sein, daß der schwedische und der schweizerische Gesandte in Washington sowie der spanische Botschafter in Berlin sich seit drei Tagen eifrig bemühen, das Terrain für eine Wiederannäherung zwischen Berlin und Washington zu finden. Die Anregung zu neuen Verhandlungen wäre also von den Neutralen und nicht von Deutschland gekommen, und hätte im übrigen bis jetzt keinerlei Ergebnisse erzielt. Wilson hatte lange Besprechungen mit Lansing, dem Kriegs- und dem Marineminister sowie mit seinem Freund und Berater Oberst House. Wilson werde im Falle eines U-Boot-Angriffes auf einen amerikanischen Dampfer sich vom Kongreß zunächst die Erlaubnis zur Bewaffnung der Handelsschiffe geben lassen. —

* * *

Oesterreich-Ungarn und Amerika.

Auf den ersten Blick hin mag es manchen gewundert oder auch befremdet haben, daß das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn nicht ebenso reibungslos abgebrochen wurde, wie zwischen der Wilson-Regierung und dem Deutschen Reich. Man hat auch gelesen, daß zwischen Czernin und Penfield, dem United-States-Botschafter in Wien noch immer verhandelt wurde, was in einem merkwürdigen Gegensatz zu der Meldung steht, daß Wilson sich genötigt habe, den in Washington eingetroffenen neuen österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Tarnowski mit seinem Beglaubigungsschreiben zu empfangen, was geradezu eine schwere Beleidigung wäre.

Nun darf man nicht vergessen, daß sich Oesterreich-Ungarn den Vereinigten Staaten gegenüber doch in einer ganz andern Situation befindet als das Deutsche Reich. Für Oesterreich würde der Verlust der in Amerikahäfen liegenden Schiffe noch ganz etwas andres bedeuten als für Deutschland mit seiner gewaltigen innern und wirtschaftlichen Kraft, die auch sehr Schweres ertragen und überwinden kann. Aber vor allem ist nicht zu vergessen, daß die Auswanderung nach Nordamerika, die aus dem Deutschen Reich seit einer Reihe von Jahren immer geringer geworden ist, und schließlich ganz aufgehört hat, aus der Donaumonarchie bis zum Beginn des Krieges oder bis zu seinen letzten Vorbereitungsstadien, die in Oesterreich bereits Teilmobilmachungen brachten, in weitgehendem Maße angedauert hat. Es ist ja auch verschiedentlich behauptet worden, daß diese Auswanderung vom Auslande aus planmäßig arrangiert worden ist, um die österreichisch-ungarische Wehrmacht für den kommenden Auseinandersetzung zu schwächen. Jedenfalls sind bis zum Kriege rund eine Viertelmillion Menschen jährlich aus der Donaumonarchie über den Ozean gegangen, und es ist keine Redensart, wenn gesagt wird, daß ganze österreichisch-ungarische Armeekorps drüben untätig liegen müssen. Die ausgezeichnete Neutralität Uncle Sams und der südamerikanischen Kleinen von den Seinen hat den Zentralmächten die Heranziehung ihrer Reservisten so gut wie unmöglich gemacht.

Die Millionen Staatsbürger, die Oesterreich-Ungarn in der Union hat, waren aber auf der andern Seite doch auch wertvoll für die heimische Volkswirtschaft. Die sehr erheblichen Summen, die sie nach Hause schickten, bewahrten ihre Angehörigen vor völliger Verelendung, ermöglichten ihnen auch gewiß oft die Fortführung ihrer kleinbürgerlichen Wirtschaften in Galizien, Ungarn und im Süden, und wirkten so schließlich einer noch größern Auswandrung entgegen. Freilich im Frieden schien es nicht immer, als ob die Vertretung des Heimatstaates sich stets ihrer Pflichten gegen die Ausgewanderten bewußt wäre. Unter den fürchterlichen Arbeitsbedingungen im Lande der Freiheit litten Oesterreicher und Ungarn, ohne daß man je von einem Eingreifen der Regierung hörte, und selbst wenn die Kugeln und Knüppel der Unternehmergarden unter ihnen blutige Opfer forderten, blieb alles ruhig über den Wassern. Erst als es galt, die Bürger der Doppelmonarchie aufzuklären, daß sie in den Stahlwerken und chemischen Fabriken Waffen und Geschosse gegen ihre Landsleute herstellten, griff der Botschafter Dumba ein — und da war er der neutralen Wilsonregierung schon nicht mehr genehm.

Wenn auch zurzeit schon die Verbindung zwischen den Ausgewanderten und der Heimat äußerst erschwert, und nur noch zufallsweise möglich war, so würde der Abbruch der diplomatischen Beziehungen die völlige Zerreißung dieses Bandes bedeuten. Deshalb wohl mag sich Czernin bemühen, diesen Bruch möglichst zu vermeiden. Aber auch auf der Gegenseite mag eine ähnliche Tendenz bestehen; denn wenn auch die Deutschamerikaner schon zu einem sehr großen Teil Amerikaner geworden sein mögen — für die vielfach auf niedriger Kulturstufe stehenden und in geschlossenen nationalen Gemeinschaften zusammenlebenden Oesterreicher drüben mögen die Dinge anders liegen. Und ob es für eine kriegerische Verwicklung angenehm wäre, einen solchen Pfahl im Fleische zu haben, mag auch dann noch fraglich erscheinen, wenn wirklich die Tschechen, Slowenen usw. in Nordamerika zum größern Teil auf seiten Kramarsch' und seiner Genossen stehen sollten. —

* * *

Sturmerfolge im Osten.

Nachstehend wiederholen wir den deutschen Tagesbericht vom gestern, den wir der ganzen Auflage unsres Blattes nicht einfügen konnten:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Tagsüber schränkte starker Nebel die Gefechtstätigkeit auf fast der ganzen Front ein.

Im Sommegebiet lebte der Artilleriekampf abends auf und hielt nachts in wechselnder Stärke, besonders lebhaft zwischen St.-Pierre-Vaast-Wald und Peronne an.

Zwischen Ypern und Arras scheiterten zahlreiche Vorstöße feindlicher Aufklärungsabteilungen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Südlich des Dryswjatysees drangen eigne Sturmtrupps in die russische Stellung und kehrten mit 20 Gefangenen und einem Maschinengewehr zurück.

Westlich von Dsal blieben Erkundungsvorstöße und Minensprengungen der Russen ohne Erfolg.

Bei Dorozno am obern Sereth wurden zweimal wiederholte Angriffe mehrerer russischer Bataillone abgeschlagen.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Südlich der Telepatne-Straße nahmen unsre Truppen einen stark ausgebauten Stützpunkt im Sturme. An Gefangenen wurden drei Offiziere, 165 Mann, an Beute drei Maschinengewehre und viel Feldgerät eingebracht.

Zwischen Uz- und Putna-Tal vielfach lebhafte Artillerie- und Infanteriegefechte.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

Keine besondern Ereignisse.

Mazedonische Front:

Im Cernabogen gingen nach wirkungsvoller Feuervorbereitung unsre Truppen eine feindliche Höhenstellung östlich von Tersakan an und stürmten sie und einige hinter der Front befindliche Lager. Bei geringem eignen Verlust wurden zwei Offiziere, 90 Italiener gefangen, fünf Maschinengewehre und zwei Minenwerfer erbeutet.

Der Abendbericht der deutschen Heeresleitung teilt mit, daß im Cerna-Bogen Gegenangriffe in der von uns gewonnenen Höhenstellung abgewiesen wurden. —

Der Seekrieg.

Ein 12 000-Tonnen-Dampfer versenkt. Aus London meldet Reuter: Der Passagierdampfer der White-Star-Linie „Afric" ist versenkt worden. 17 Mann der Besatzung werden vermißt. Nach einer Lloydsmeldung wurden fünf Personen getötet. Die „Afric" war ein 1899 erbauter Dreidoppelschraubendampfer von 11 999 Raumtonnen Inhalt und 550 Fuß Länge. Mit ihm hat die White-Star-Linie seit dem November vorigen Jahres über 100 000 Raumtonnen durch Minen und Unterseeboote eingebüßt.

Der neue U-Boot-Krieg. Am 8. Februar wurde bekanntgegeben, daß ein rückkehrendes U-Boot im Atlantischen Ozean zehn Schiffe mit 19 000 Tonnen Gesamtraumgehalt versenkt habe. Unter diesen befanden sich zwei Schiffe von 4900 Bruttotonnen mit Getreide und Lebensmitteln, eins von 2300 Bruttotonnen mit Salpeter nach England, zwei Schiffe von 5000 Bruttotonnen mit Kohlen nach Gibraltar bzw. für die italienische Staatseisenbahn und ein Schiff von 2100 Bruttotonnen mit Oel nach Queenstown. Von dem U-Boot wurde ein englischer Prisenoffizier von einem holländischen Dampfer heruntergeholt. Nach neu eingegangener U-Boot-Meldung wurden ferner versenkt sechs Dampfer und ein Segelschiff von insgesamt 25 000 Bruttotonnen.

Die bisherigen Versenkungen im Februar. Nach Meldungen aus London übertrifft das bisherige Ergebnis der ungehemmten Seekriegführung die stärksten Befürchtungen. Nach Lloyds sind seit dem 1. Februar 39 englische Fracht- oder Passagierschiffe mit 137 414 Brutto-Register-Tonnen verlorengegangen. Bekanntgegeben wurden nur die einwandfrei feststehenden Verluste; die Einbuße der englischen Handelsflotte ist daher voraussichtlich noch erheblich größer, da viele Dampfer überfällig sind. Pariser Telegrammen zufolge wurden in den ersten 10 Tagen der Sperre, soweit bisher bekannt, 90 Schiffe aus Ententeländern und 32 neutrale Schiffe versenkt. „Figaro" veröffentlicht eine Aufstellung der Verluste der Handelsflotten der Alliierten und der Neutralen vom 1. bis 10. Februar. Die Aufstellung umfaßt insgesamt 58 Handelsschiffe der Alliierten und 32 der Neutralen mit zusammen 176 925 Tonnen.

Versenkt wurden der englische Dampfer „Ada", der ehemals griechische jetzt englische Dampfer „Aghios Spiridon" (1019 To.), das englische Motorboot „Norwege West", die englischen Segler „Athenia" und „Lechevictoria", der norwegische Dampfer „Breim", der norwegische Segler „Thor 2" sowie der italienische Dampfer „Famiglia" (2942 Brutto-Register-Tonnen). — Nach einer Lyoner Depesche aus Almeria ist der Dampfer „Lussiania", dessen Nationalität unbekannt ist, auf der Fahrt von Buenos Aires nach Genua vor der Hafeneinfahrt von Genua gescheitert. —

* * *

Der Sozialismus ist der Friede!

Im jüngsten Hefte der „Neuen Rundschau" veröffentlicht der Kieler Universitätsprofessor Ferdinand Tönnies einen höchst bemerkenswerten Artikel über „Die Zukunft des Völkerrechts". Tönnies vertritt darin im Gegensatz zu weiten kapitalistischen Kreisen den Standpunkt, die Gestalt des Völkerrechts werde später nicht abhängen von irgendeiner Mächte-Konstellation, von dem entscheidenden Siege der einen Gruppe über die andre, sondern von dem Maße an Sozialismus, der sich künftig in den sozialistischen Organisationen und in der politischen Macht des Proletariats im westlichen, nördlichen und mittleren Europa lebendig äußern werde. Er meint, die bleibende psychologische Wirkung des Krieges werde tiefster Haß gegen die „Beweger des Menschengeschlechts" sein, und wenn auch die Tendenzen zum Kriege bleiben würden, so würden sich um so stärker die Gegentendenzen erheben, „die von der Arbeiterklasse und der außerhalb ihr wirkenden Freunde einer sozialistischen Gestaltung und Fortbildung der Gesellschaft" ausgehen. Je mehr diese Ideen Einfluß auf die Regierungen gewännen, je mehr diese ihren bewußten Vertretern freien Spielraum gewährten, desto besser werde man die Kriegsgefahr abwehren können.

Professor Tönnies kommt zu dieser Einsicht, weil er in dem herrschenden „wie ein wildes Tier rasenden und alle Länder der Erde hungrig absuchenden Kapitalismus die tiefste Ursache des Weltbrandes" sieht. Die Ueberwindung des Kapitalismus, ja schon die entschiedene Dämpfung seines Geistes werde Voraussetzung künftigen Weltfriedens; die friedliche Gleichgewichtswage ist ihm allein organisierte sozialistische Macht, die im folgendem bestehen muß: Arbeitsordnung für den Volksboden ohne Aufhebung des internationalen Austausches, Zusammenwirken nach gemeinsamen Plänen, organische Aneignung und Verwertung des Bodens und der Arbeitsgeräte durch eine Volksgemeinschaft. Allein das leibliche und sittliche Wohl soll der Zweck der Wirtschaft sein; nationale Arbeit ist eine nationale Angelegenheit, die in ihren Hauptzügen geordnet und geregelt werden muß. Und über allem sittliche Erziehung, Pflege des Friedensgeistes und der

Streben: „die sittlich nationalen Kräfte, die das kriegerische Wesen entfaltet, durch andre Mittel zu erhalten und zu pflegen, durch Mittel der Gesittung und Veredelung".

Man sieht, daß sich das Zukunftsprogramm des Professors Tönnies stark dem annähert, was von der Sozialdemokratie tausendfach zur Erhaltung des Weldfriedens verkündet worden ist. Freilich möchte Tönnies den Kaufmann und Unternehmer beibehalten, „der wesentlich zum Besten der einheimischen Volks- und Staatswirtschaft arbeitet". Aber anderseits hat er doch erkannt, daß die großen kapitalistischen Organisationen, Kartelle und Truste Wegbahner eines friedensfördernden Sozialismus sind, wenn man diese vervollkommneten Bedingungen der privaten Nutzung entzieht und der Gemeinwirtschaft unterstellt: „Hierin kann allein der Wirtschaftsfriede wirklich gesucht werden, nämlich in der Aufhebung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit", die die Menschheit beruhigen und die Staaten in friedlicher Duldung verbinden werde.

Damit ist für Tönnies auch die ganze Haarspalterei um die künftige Wiederaufrichtung des Völkerrechts, die notwendig von selbst kommen müsse, erledigt. Die Arbeiterschaft aller Länder, der organisierte Sozialismus handhaben den Zauberstab ewigen Friedens, und Tönnies hofft nicht vergebens: tätige Kräfte werden sich regen, um das vom Willen zur tätigen Macht erfüllte Ideal zu verwirklichen. —

* * *

50 Jahre Reichstagswahlrecht.

Am 12. Februar 1867 ist der erste deutsche Reichstag, der Reichstag des Norddeutschen Bundes, auf Grund des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt worden. Bismarck hat dieses Wahlrecht eingeführt, weil für das Zentralparlament des Norddeutschen Bundes keins der bestehenden Wahlrechte verwendbar war und in der Absicht, mit „dem Massentritt der Arbeiterbataillone" die bürgerliche Opposition, besonders die Fortschrittspartei, in Schach zu halten. Zu wesentlichen also zu reaktionären Zwecken. Aber die Arbeiterklasse, unter Führung der Sozialdemokratie, ließ sich zu diesen Zwecken nicht mißbrauchen. Sie ging ihre eignen Wege, und warb mit dem Instrument des geheimen, gleichen, direkten Wahlrechts die Massen für die sozialdemokratische Partei.

Zwar die ersten Erfolge der Sozialdemokratie, die, gespalten in Lassallianer und Eisenacher, gegen alle Parteien sich zu wehren hatte, waren nicht überwältigend. Aber von Wahl zu Wahl wuchs das sozialdemokratische Heer, und als im Jahre 1875 in Gotha die Vereinigung zwischen den beiden Richtungen in der Partei vollzogen war, wuchsen die sozialdemokratischen Stimmen lawinenartig. Das Sozialistengesetz sollte einen Damm gegen den sozialdemokratischen Strom bilden. Der Mißerfolg dieses größten Fehlgriffs Bismarcks in der innern Politik ist bekannt.

Bei der letzten Reichstagswahl wurden für die sozialdemokratischen Abgeordneten 4¼ Millionen Stimmen abgegeben, die sozialdemokratische Fraktion wurde zur stärksten im Reichstag, und besetzte eine kurze Zeit sogar den Präsidentenstuhl. Dabei ist das Reichstagswahlrecht längst nicht mehr ein „gleiches". Die Tatsache, daß wir in den großen Städten zahlreiche Wahlkreise mit 100 000 und mehr Wählern, Landkreise mit 6000 und weniger Wählern haben, beweist die Bevorzugung des Landes gegenüber den Städten, die Begünstigung der konservativen Richtung gegenüber der besitzlosen proletarischen Masse.

Das direkte geheime Wahlrecht ist kein Zauberstab, der das Proletariat zur herrschenden Macht in Deutschland bringen kann. Aber, richtig angewendet, wird es die Arbeiterklasse stark machen und ihr die historische Aufgabe des Proletariats erleichtern: die Umwadlung der bürgerlich kapitalistischen Klassenstaates in die sozialistische Völkergemeinschaft. —

* * *

Die neuen Steuern.

Es steht nunmehr fest, daß dem Reichstag bei seinem Zusammentritt ein Steuerprogramm vorgelegt wird, um die Mittel zu gewinnen, die Zinsen für die Kriegsanleihen aus laufenden Mitteln decken zu können. Der Haushaltsausschuß des Reichstags tritt am 21. Februar zusammen, um vertrauliche Mitteilungen des Schatzsekretärs entgegenzunehmen. Ueber die Art der neuen Steuern ist noch nichts Sicheres bekannt. Man nimmt an, daß zunächst eine Abgabe auf die Kohlenförderung vorgeschlagen wird. Außerdem rechnet man damit, daß der Eisenbahnverkehr zugunsten des Reiches besteuert wird, also vermutlich eine Erhöhung der Fahrkartensteuer.

Wie die „Tägliche Rundschau" noch mitteilen kann, handelt es sich um ein ganzes Bündel von Steuervorlagen, über die aber der Bundesrat noch nicht entschieden hat. Die fortschrittliche Presse spricht die Hoffnung aus, daß es nicht etwa bei indirekten Steuern sein Bewenden haben werde, sondern zur Ergänzung auch eine direkte Steuer in Vorschlag gebracht wird. Da der Krieg weitergeht und damit wohl auch die Kriegsgewinne reichlich weiter fließen, so könnte an einen Ausbau der Kriegssteuer gedacht werden.

Der neue Etat wird lediglich eine Abschrift des vorigen sein, nur der Postetat wird in der üblichen Weise spezialisiert vorgelegt werden. Die Reichsregierung hat den Etatsentwurf festgestellt, in diesen Tagen wird sich der Bundesrat damit befassen, so daß der Etat beim Zusammentritt des Reichstags den Abgeordneten zugehen wird. —

* * *

Eine zeitgemäße Mahnung.

Von agrarischer Seite wird immer wieder behauptet, daß die Landwirte in diesem Krieg ihre Schuldigkeit restlos getan haben. In einem schroffen Widerspruch zu dieser Versicherung steht aber die Tatsache, daß die landwirtschaftlichen Körperschaften sowohl als auch die agrarische Presse sich immer wieder genötigt sieht, die Landwirte an ihre Pflicht zu erinnern. Neuerdings erläßt der Oberamtmann Schliphake einen Aufruf an die Landwirte, endlich das Brotgetreide abzuliefern. Er sagt:

> Das möglichst schleunige Ausdreschen und die Ablieferung des Getreides ist jetzt eine nationale Pflicht aller Landwirte, die von niemand vernachlässigt werden darf, wenn wir durchhalten wollen. Wir können durchhalten, wenn jeder seine Pflicht tut. Drum wacker auf zur Tat! Ob Krieg oder Frieden — nie war unsre Zukunft mehr als heute von den Leistungen unsrer Landwirtschaft bedingt. Das sollen die Landwirte bedenken — aber auch die andern.

Diese Mahnung ist zweifellos sehr zeitgemäß, denn aus ihr ergibt sich, daß jetzt, Mitte Februar, offenbar noch große Vorräte Getreide vorhanden sind, die noch nicht einmal ausgedroschen wurden. Es ist nur zu wünschen, daß wenigstens diese Mahnung endlich einmal einen restlosen Erfolg haben wird. —

* * *

Das Getreidemonopol.

Der Verein der Getreidehändler an der Hamburger Börse befaßt sich in seinem Jahresbericht sehr eingehend mit der Frage des Getreidemonopols und kommt zu dem Schlusse, daß das Monopol zu verwerfen sei.

Eine andre Stellungnahme war von den Interessenten natürlich gar nicht zu erwarten. Die ablehnende Haltung wird besonders damit begründet, daß beim Bestehen eines Monopols die Landwirte mehr auf Quantität als auf Qualität des Getreides sehen würden. Auch die Einfuhr soll erheblich erschwert werden, weil es der ausländische Handel leicht habe, zum Zwecke der Preistreiberei sich zusammenzuschließen, sobald nur das Reich als Käufer auftrete. Noch größer sollen nach Ansicht der Getreidehändler die Schwierigkeiten sein, die bei der Einfuhr von Futtermitteln zu überwinden wären. Schließlich wird dann noch die schwere Schädigung des Handelsstandes hervorgehoben, der zu einem Beamtenheer herabgedrückt würde. —

* * *

Notizen.

Schamlose Handlungen eines Kriegslieferanten. Der Kaufmann Hermann Railing, welcher große Heereslieferungen hatte, wurde am Dienstag von der dritten Strafkammer des Landgerichts Berlin 2 wegen Nichtanmeldung von Web- und Wirkwaren, insbesondere von Pferdedecken, sowie wegen Kriegswuchers zu 12 000 Mark Geldstrafe evtl. für je 15 Mark zu je 1 Tag Gefängnis verurteilt. Der Vorsitzende bemerkte in der Urteilsbegründung, die Handlungsweise des Angeklagten, der große einträgliche Heeresaufträge hatte, ist in der jetzigen Zeit geradezu schamlos zu nennen. Der Staatsanwalt hatte 2 Monate Gefängnis und 22 000 Mark Geldstrafe beantragt. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt; nur Urteil und Begründung waren öffentlich. —

*

Zur Reichstagswahl in Potsdam-Osthavelland. Wie wir der „Voss. Ztg." entnehmen, ist die einzige bürgerliche Kandidatur, die des Vorsitzenden der Deutschen Staatshandwerker- und Arbeitervereinigung, Fortenbacher, unter der Bedingung zurückgezogen worden, daß der Kandidat der sozialdemokratischen Mehrheit für die Kriegskredite stimmt. Ferner sei eine offizielle Erklärung der Fortschrittlichen Volkspartei zu erwarten, daß sie keinen eignen Kandidaten aufstellt, nachdem die sozialdemokratische Mehrheit sich für eine eigne Kandidatur gegen den Kandidaten der Arbeitsgemeinschaft entschlossen habe. — Eine Bedingung wie die erwähnte wird der sozialdemokratische Kandidat wohl nicht eingehen, weil er sich in jener wichtigen Frage die Entscheidungsfreiheit vorbehalten muß. —

*

Die „Deutsche Tageszeitung" gegen den Frieden. Das alldeutsche Agrarierorgan sucht die deutsche Regierung gegen die geplante internationale Gewerkschaftskonferenz scharf zu machen. Das Blatt verlangt, den Delegierten sollen die Auslandspässe verweigert werden. Hierzu bemerkt das „Berliner Tageblatt": „Es ist vom alldeutschen Standpunkt begreiflich, daß man jede Möglichkeit einer Friedenserörterung sofort im Keim ersticken möchte. Aber die deutsche Regierung, die in loyaler Weise mit einem offiziellen Friedensangebot an die Gegner herangetreten ist, wird sich schwerlich diesem alldeutschen Gebot unterwerfen, nachdem inoffizielle Kreise der kriegführenden Mächte übereingekommen sind, an einem neutralen Orte die Friedensfrage zu erörtern." —

*

Ein „Hilfspräsident" für das Abgeordnetenhaus. Wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, wird voraussichtlich für die nächsten Tage ein „Hilfspräsident" für das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt werden, da sowohl der Präsident Graf Schwerin-Löwitz als auch sein Stellvertreter Dr. Porsch für einige Zeit verhindert sein werden, an den Verhandlungen teilzunehmen. Es ist beabsichtigt, Freiherrn v. Zedlitz zum Hilfspräsidenten vorzuschlagen. —

*

Eine Erklärung des preußischen Kriegsministers zur konfessionellen Statistik. Zur Frage der „Judenzählung" im Heere hat der Kriegsminister in einem Briefe an den Abgeordneten Geheimen Justizrat Cassel, der als stellvertretender Vorsitzender des Verbandes der deutschen Juden von ihm zu einer Rücksprache empfangen war, sich dahin geäußert: „Jedenfalls habe ich festgestellt, das das Verhalten der jüdischen Soldaten und Mitbürger während des Krieges keine Veranlassung zu der Anordnung meiner Herren Vorgänger gegeben hat und damit nicht in Verbindung gebracht werden kann." Nach dieser Erklärung hätte der preußische Kriegsminister die Pflicht, die Gleichberechtigung der jüdischen Heeresangehörigen in jeder Beziehung zu sichern. —

*

Bewilligung der neuen englischen Kriegskredite. Das englische Unterhaus hat einstimmig den neuen Regierungskredit von 11 Milliarden Mark (550 Millionen Pfund) angenommen. Bei diesem Anlaß erklärte die ministerielle „Daily Chronicle", Deutschland müsse bereits vor Friedensschluß eine hohe Kriegsentschädigung zahlen. —

Heime für kinderreiche Familien in Groß-Berlin. Vor einigen Monaten fiel der Stadt Berlin das Goldschmidtsche Vermächtnis in Höhe mehrerer Millionen zu. Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg und Diplom-Ingenieur Leyser schlagen nun in einer soeben im Verlag der „Bauwelt" erschienen Schrift vor, mit Hilfe dieses Vermächtnisses im Gebiet der Jungfernheide Kleinhäuser für kinderreiche Familien zu errichten, und zu diesem Zwecke 500 000 Mark an kinderreiche Familien auf zweite Hypotheken darzuleihen, wobei Kriegsteilnehmer zu bevorzugen und die Zinssätze nach der Kinderzahl abzustufen wären. Das in Frage stehende Gelände ist zur Stadt Berlin eingemeindet und könnte auch im Erbbaurecht ausgetan werden. Die Einbürgerung des Kleinhauses soll durch Ausbildung leicht verkäuflicher und vermietbarer Normalformen und durch die Gründung einer gemeinnützigen Vermittlungsstelle für Kleinhaushypotheken gefördert werden. Die Wege zu diesen beiden Zielen sind in der oben bezeichneten Schrift im einzelnen dargestellt worden. —

*

Oesterreichische Fliegertätigkeit. Das österreichische Flottenkommando berichtet: Am Nachmittag des 11. Februar unternahm eine Gruppe unsrer Seeflugzeuge einen gelungenen Erkundungsflug nach Valona, Santi Quaranta und Korfu. Eine andre Gruppe griff in den frühen Morgenstunden des 12. Februar militärische Objekte und Torpedofahrzeuge in Brindisi an und erzielte Bombentreffer. Alle Flugzeuge sind wohlbehalten eingerückt. —

*

Ein Kongreß katholischer Parlamentarier und Politiker ist am 12. d. M. in Zürich zusammengetreten. Es nahmen an ihm teil hervorragende katholische Parlamentarier und Politiker aus Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, aus Holland, aus Belgien sowie aus Polen und aus Deutschland. Die deutschen katholischen Parlamentarier sind vertreten durch die Abgeordneten Erzberger, Dr. Spahn, Dr. Porsch und Held. Die Verhandlungen des Kongresses, die vertraulich geführt werden, dürften sich um wichtige allgemeine durch den Krieg hervorgerufene Weltfragen drehen. —

* * *

Wichtige Erfolge im Osten.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 14. Februar 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf dem Norduser der Ancre führte der Feind nach sehr heftiger Artillerievorbereitung und unter Einsatz starker Infanteriekräfte seine Angriffe fort. Vormittags griff er zweimal südlich von Serre an. Beide Angriffe wurden im Nahkampf abgewiesen, vor der Front sich festsetzende Teile durch Vorstoß mit der blanken Waffe vertrieben.

Erkannte Bereitstellungen weiterer Verstärkungen nördlich und am Nachmittag auch südlich der Ancre wurden von unsrer Artillerie unter wirkungsvolles Vernichtungsfeuer genommen.

Bis zur Somme war auch in andern Abschnitten während der Nacht der Feuerkampf stark.

Heeresgruppe Kronprinz.

Eigne Erkundungsvorstöße im Bogen von St.-Mihiel und am Westhang der Vogesen waren erfolgreich.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Keine besondern Ereignisse.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Im Mestecanesci-Abschnitt errangen unsre Truppen gestern neue Erfolge. Mehrere Stellungen der Russen wurden gestürmt und gegen heftige Gegenstöße gehalten. Die Gefangenenzahl hat sich auf 23 Offiziere und über 1200 Mann, die Beute auf 3 Geschütze, 12 Maschinengewehre und 6 Minenwerfer erhöht.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Längs Sereth und Donau Artilleriefeuer und Postenscharmützel.

Mazedonische Front:

Im Cernabogen blieben Angriffe der Italiener zur Wiedernahme der Höhe östlich von Paralovo trotz lebhafter Feuerwirkung ohne jeden Erfolg.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

* * *

Keine Abschwächung.

W. T. B. Berlin, 14. Februar. (Amtlich.) Aus dem Ausland kamen neuerdings Nachrichten, demzufolge man glaubt, die Seesperre mit U-Booten und Minen wäre mit Rücksicht auf Amerika abgeschwächt worden oder sollte abgeschwächt werden. Die Rücksicht auf die Neutralen gibt Veranlassung, mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß der U-Boot-Krieg gegen den gesamten Seeverkehr im Sperrgebiet im vollen Gange ist und unter keinen Umständen eingeschränkt werden wird. (Vergleiche den Artikel: Keine Verhandlungen!) —

* * *

Depeschen.

Angriff auf die französische Küste.

W. T. B. Paris, 13. Februar. Das Marineministerium gibt bekannt: Gestern, am 12. Februar um 5 Uhr nachmittags, tauchte nahe der Adourmündung ein feindliches Unterseeboot auf und gab sechs Kanonenschüsse auf die Küste ab. Die Küstengeschütze eröffneten sofort das Feuer auf das feindliche Fahrzeug, das, von unsern Artilleriesten mit dem ersten Schuß getroffen, schnell tauchte. Fünf Personen wurden verwundet, eine davon schwer. Der Sachschaden ist unbedeutend. — Die Adourmündung befindet sich ganz im südlichen Frankreich am Atlantischen Ozean. —

Konfirmanden-Anzüge

moderne ein- oder zweireihige Form, aus dunkelblau, schwarz, marengo Cheviot, Melton, Kammgarn und dunkel gemusterten Stoffneuheiten

in hocheleganter Ausstattung.

294

Prüfungs-Anzüge

aus praktischen modernen Frühjahrsstoffen, in allen Preislagen

Täglicher Eingang von **Neuheiten für Frühjahr und Sommer** sowohl in fertiger **Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung** als auch in Stoffen für **Maß-Anfertigung**

Heinrich Casper, Breiteweg 133

Ansichtspostkarten empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme

Arbeitsmarkt

Zur Veröffentlichung von Arbeiter- und Personalgesuchen aller Art ist die „Volksstimme" hervorragend geeignet, weil sie in den Kreisen der werktätigen Bevölkerung besonders stark verbreitet ist.

Zentrifugen-Arbeiter

werden eingestellt. 455

E. C. Helle, Zuckerraffinerie
Magdeburg-S., Halberstädter Straße 15.

Ein Vorarbeiter, einige Dreher

für meinen Kleindrehereibetrieb gesucht. Die Stellung eignet sich auch für Zivildienstpflichtige u. Kriegsbeschädigte.

Bruno Heine, Maschinenfabrik
Rogätzer Straße 43/54. 3691

Kräftige Sackträger

werden eingestellt

E. C. Helle, Zuckerraffinerie
Magdeburg-Sudenburg, Halberstädter Straße 15.

Schmiede-, Schlosser- und Dreherlehrlinge

3691 sucht

Bruno Heine Maschinenfabrik Rogätzer Straße 43/54.

Schlosser

mit gut. Erfahr. im eisern. Maschinenbau, d. a. Zeichn. lesen kann, gesucht. Kriegsentlassung. Arb. kann nicht in Frage, indessen gewährt. Anderen Bedingung.

L. HAAS
Maschinenfabrik
3656 Magdeburg.

Gärtner-Gesuch.

Ein militärfr. Gärtner-Kriegsbeschädigter mehr mittelgebildeter, der im Gemüsebaubetrieb erfahren ist, wird bei guter Gehalt und freier Wohnung zum 1. April oder später gesucht. 3688

Louis Heinz, Samenzüchterei
Blankenburg am Harz.

Verkäufl. Sattlerwerkst.
für sofort gesucht. 3748
Albert Bolzhausen
Altenweddingen.

Ein älterer Kutscher
bei hohem Lohn sofort gesucht.
Max Zielke, Erfurterstraße Str. 42.

Friseurgehilfen
bei gutem Lohne sofort gesucht.
W. Koch, Otterstedt am Harz.

Mädchen von 15 bis 17 Jahren von außerhalb, kleine Haushalt, bei 20 Taler Lohn sofort oder 1. März. Offerten u. D 2157 an die Exped. d. Bl.

Junge Aufwärterin gesucht. **Weber,** Fischerstr. 7, II.

Junge Sortierer-Lehrlinge
werden gesucht
St. Michael-Straße 21a

Näh-Ahle „Juwel"
D. R. G. M. u. Patent.
L. I. österr. u. L. ungar. Patent.

Jeder prima eig. Reparaturen! Sie näht Stepptiche wie eine Nähmasch. Größte Erfindung, um Leder, Felle, Leinwand usw. mit der Hand zu nähen. Zum Reparieren von Schuhen, Geschirr, Sätteln, Segeln, Zelten, Treibriemen, Fahrradmänteln usw. Preis per Stück mit 5 verschiedenen Nadeln und Fäden **Mk. 3.50**

unter Nachn. Porto u. Verpack. frei. Ständig viele Anerkennungen.

Was beweist:

1. „Juwel" ist unübertrefflicher Originalhebel!
2. „Juwel" ist aus Metall (kein Guß), daher solid!
3. „Juwel" hat die handlichste und längste Form und können deshalb Schuhe mühelos damit repariert werden!
4. „Juwel" hat im Heft gelagerte Metallspule, deshalb kein Verwickeln u. Abreißen des Fadens!
5. „Juwel" hat i. Heft einen Nadelbehälter, „Juwel" kann deshalb niemals mit billigen Billigmarken oder metallenen Nachahmungen verglichen werden, die alle lediglich einen übrigen Vergleich bestehen!

General-Vertrieb
O. Schmidt, München 84
Schwanthalerstraße 71.

Erste Magdeburger Sprechapparate-Klinik.
Musikwerke, Drehgeräte, Ersatzteile, Räder, Federn, Nadeln usw. für Sprechapparate. Leistungsfähigste Repar.-Werkstatt am Platze. **W. Rasp,** Roßstraße 2.

Meine Partieposten
bieten große Vorteile.
Anzüge
Paletots u. Ulster
für Herren und Knaben
liegen Ende für Magdeburg. Nach Bauern aus guten Stoffen Jugendgröße 13,5 und höher. Bei Bedarf werden Bezugsscheine mit eingetragen.
Sieverlings Etagengeschäft,
Jakobstr. 17, 1 Tr.

Uhren werden gut u. billig repariert bei **G. Lehmann,** Wormstedtstr. 14.

Moderne Seidenblusen und schwarze Taftröcke hell. zu verkaufen **Leibnizstr. 1a II,** Kurzmann.

Novum
Wasch-Kristallid
Kein Ton
Kein Kitt
Schäumt, reinigt
bleicht
ganz vorzüglich
Probedose, Postpaket, ca. 10 Pfund inkl. Verpackung 9 Mk. franko gegen Nachnahme.
Novum Kristallid-Gesellschaft
m. b. H.,
Berlin W 8,/110
Friedrichstraße 190.

K 107

Pferde

-Stutzhaare,
-Mähnenhaare,
-Fesselhaare,
-Schurhaare,

gewaschene Ochsenschwanzhaare,
Ziegenhaare,
Schweineborsten und Schweinehaare
kaufe für Textilindustrie.

E. Liebenow, Magdeburg,
Sternstraße 29. 3683

Die anhaltende Kälte der letzten Wochen sowie die außerordentlich hohen Ansprüche, welche unsre Kriegsindustrie an die Kohlenvorräte stellt, haben die Streckung derselben zu einer zwingenden Notwendigkeit gemacht.

Von seiten des Lebensmittelamts ist deshalb verfügt worden, daß nur sehr kleine Quantitäten von Heizmaterialien an das Publikum geliefert werden dürfen.

Von den Kohlen, für welche eine frühere Lieferungsverpflichtung bestand, können augenblicklich nur Mengen von 10 bis höchstens 15 Zentner abgegeben werden, um dadurch die Möglichkeit zu schaffen, neben der Heeresverwaltung und der Rüstungsindustrie auch der minderbemittelten Bevölkerung Brennstoffe zuführen zu können.

Die Folge davon ist, daß speziell die Preise für Fuhr- und Trägerlöhne außerordentlich steigen müssen. Ein Gespann kostet heute 40 bis 45 Mark für den Tag. Im günstigsten Falle ist es möglich, durch ein Gespann sechs kleine Posten von 10 bis 15 Zentner, also etwa 60 bis 90 Zentner, an einem Tage zu befördern. Eine sehr bedeutende Preiserhöhung für die Brennstoffe ist die Folge davon.

In Uebereinstimmung mit dem Lebensmittelamt der Stadt Magdeburg ist deshalb der Preis für

Briketts u. böhmische Kohlen

auf **Mk. 1.95**

für den Zentner frei Aufbewahrungsort festgesetzt worden.

Selbstverständlich wird dieser Preis nur so lange bestehen bleiben, wie die augenblickliche Kohlenknappheit anhält. Sobald diese behoben ist, treten wieder möglichst normale Preise in Kraft. 3717

Magdeburg, den 15. Februar 1917.

Kohlenhändlerverein zu Magdeburg.

Schweine-Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Salbke.

Sonntag den 25. Februar 1917, nachm. 4 Uhr,
im K. Hinsbergschen Lokal, Alt-Salbke

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Aenderung der Satzungen § 13, 17, 20, 22, 23, 25, 27, 29 u. 30.
2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Magdeburg-Salbke, den 14. Februar 1917

Der Vorstand.
Heinrich Stein. Paul Hosse.

Kolporteure

in Obst-Salz, Seifen, Salzgebäck u. a.

Wir müssen nochmals darauf hinweisen, daß uns am Versand des „Jugend", „Jede Stunde" und andern Buchhandlungswerken keine Schuld trifft, da die schon längst fälligen Sendungen bis heute noch nicht in unsern Händen sind.

Wir hoffen nochmals Nachsicht zu nehmen und unsere werte Kundschaft darauf aufmerksam zu machen. Wenn der Bahn- und Postverkehr erst wieder geordneter ist, erfolgen die Sendungen pünktlich wie früher.

Verlag und Buchhandlung Volksstimme.

Alkoholfreier Punsch ohne Fl. pro Ltr. **1.60**
3602 Korke und Flaschen mitbringen.
Schillers Weinhandlung Große Münzstraße 11 und Neue Neustadt, „Bürgerhof".

Zirkus Blumenfeld

Täglich 7¼ Uhr:
Zugunsten des Kriegsliebesdienstes

Der Hias

Ein feldgraues Spiel in 3 Akten.

Bisher Reingewinn über 400 000 Mark.

Sonnabend und Sonntag
nachmittags 3½ Uhr

Extravorstellung

zu kleinen Preisen.

Vorverkauf:
Täglich von 10 bis 1 Uhr und 3 bis 5 Uhr im Zirkus Blumenfeld, in der Geschäftsstelle des „Hias", Breiteweg 87, und im Warenhaus Gebr. Barasch.

In allen größeren Städten mit beispiellosem Erfolg aufgeführt. 3179

Im

Friedrich-Wilhelm-Kaffee

Breiteweg 94
beginnt das

Militär-Konzert jetzt täglich **7½ Uhr.**

3716 **W. Rischmüller.**

Haar ausgekämmt, kauft **Oehlstöter,** Breiteweg 110.

Milchziegen u. Lämmer, belegt, billig zu verkaufen. 454
W. Hiller, Helmstedter Str. 22.

Schweine 3697
versichert (80% Entschädigung) die **Agentur der „Veritas"** Beaumontstr. 11. Schulke.

Wachhunde u. Zughunde
bitten wir bei vorherrschend ungünstiger Witterung
vor Kälte und Nässe
genügend zu schützen. 3715
Magdeburger Tierschutzverein.

Stadt-Theater.

Sonnabend den 17. Februar
1. Abend. Weiße Karten.
Gajus, der Leibfuchs.
Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.
Sonntag, 18. Februar, Anfang 3 Uhr, volkstümliche Vorstellung zu kleinen Preisen
Im weißen Rößl.
Anfang 7 Uhr
2. Abend. Blaue Karten.
Martha.
— Ende gegen 10 Uhr. —
Alles Nähere siehe im lokalen Teil.

Wilhelm-Theater.

Sonnabend den 17. Februar nachm. 3½ Uhr, bei kleinen Preisen
Ein Walzertraum.
Abends ½8 Uhr
Zigeunerliebe.
Sonntag den 18. Februar, nachm.
Der tapfere Soldat.
Abends 7 Uhr
Künstlerblut.

ZENTRAL-THEATER

Sonnabend 7¼ Uhr
Die schöne Cubanerin.

250 Sonntag
nachmittag 3¼ Uhr und abend 7¼ Uhr:
Die schöne Cubanerin.

Kartenverkauf täglich 10—1 und 5—8 Uhr.